

Kieler Konjunkturberichte

Deutsche Wirtschaft im Winter 2025

Abgeschlossen 10. Dezember 2025

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll,
Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan
Kooths, Johanna Krohn, Christian
Schröder

Forschungsgruppe
Konjunktur und Wachstum

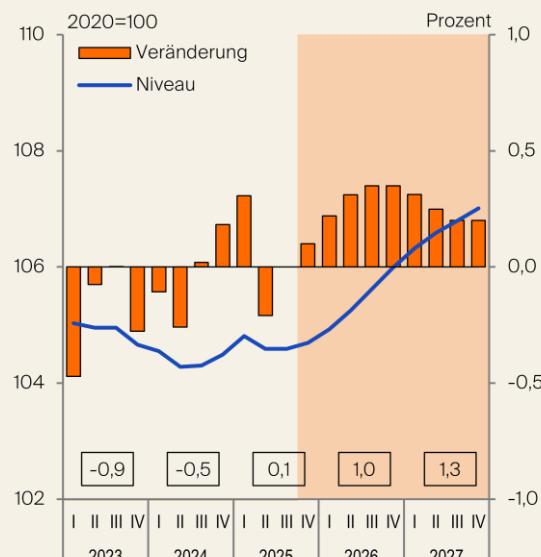
Deutsche Wirtschaft im Winter 2025: Sand im Getriebe, Staat auf dem Gaspedal

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Johanna Krohn, Christian Schröder

Die deutsche Wirtschaft hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Für mehr als ein mageres Plus reicht es aber bislang nicht. Ab dem kommenden Jahr setzt die expansive Finanzpolitik Impulse. Die recht hohen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in den kommenden beiden Jahren kaschieren jedoch die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Abgesehen vom Fiskalimpuls und der höheren Zahl an Arbeitstagen wird die zugrundeliegende wirtschaftliche Dynamik vorerst schwach bleiben. Die konjunkturellen Erholungsspielräume sind schmäler als es Indikatoren zur gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung derzeit suggerieren. Gerade im Verarbeitenden Gewerbe dürfte die niedrige Auslastung vor allem Spiegelbild der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit sein und einem weiteren Abbau von Produktionskapazitäten vorausgehen. Die deutschen Exporteure werden weiterhin Weltmarktanteile verlieren, auch wenn die Phase sinkender Exporte zu Ende geht. Alles in allem rechnen wir mit Anstiegen des Bruttoinlandsprodukts von 1 Prozent für 2026 (Herbstprognose: 1,3 Prozent) und 1,3 Prozent für 2027 (Herbstprognose: 1,2 Prozent), nach 0,1 Prozent in diesem Jahr. Für das kommende Jahr erwarten wir im Vergleich zum Herbst einen etwas geringeren Fiskalimpuls bei noch stärker bremsenden strukturellen Hemmnissen. Insbesondere die Unternehmen zeigen bislang keinerlei Absichten, ihre Investitionen hierzulande spürbar zu erhöhen. Der Arbeitsmarkt wird sich mit der anziehenden wirtschaftlichen Dynamik wieder fangen und die Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent im laufenden Jahr auf 5,9 Prozent im Jahr 2027 zurückgehen. Größeren Beschäftigungsanstiegen steht jedoch zunehmend der demographisch bedingte Mangel an Arbeitskräften im Weg. Das Budgetdefizit des Staates wird von 2,4 Prozent (2025) auf 4 Prozent (2027) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen. Die öffentlichen Schulden steigen bis zum Jahr 2027 auf 65,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Die deutsche Wirtschaft tritt im laufenden Jahr auf der Stelle. Nach dem Auf und Ab in den ersten beiden Quartalen, die maßgeblich von Reaktionen auf die US-Zollpolitik geprägt waren, bewegt sich die ökonomische Aktivität in der zweiten Jahreshälfte nahezu seitwärts (Abbildung 1). Damit verharrt die deutsche Wirtschaft zunächst weiter in der Stagnation. Ausweislich der Umfragen zum ifo Konjunkturtest hat sich die Geschäftslage im bisherigen Jahresverlauf nicht verbessert, so dass sie weiterhin

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vor-jahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

auf einem – auch für Rezessionsphasen – sehr niedrigen Niveau verharrte. Zwar besserten sich die Geschäftserwartungen bis zur Jahresmitte etwas, seitdem haben sie sich aber nicht weiter aufgehellt. Auf Sicht von sechs Monaten erwarten aktuell immer noch mehr Unternehmen schlechter als besser laufende Geschäfte. Im Kern ist die gesamtwirtschaftliche Schwäche weiterhin von der Krise in der Industrie geprägt. Dort setzte sich der Stellenabbau bis zuletzt ungebremst fort. Binnen Jahresfrist ist die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe um 170 000 gesunken. Dem steht zwar ein fast gleich großer Stellenaufbau in anderen – vor allem staatsnahen – Bereichen gegenüber; diese erreichen im Schnitt jedoch bei weitem nicht das Produktivitätsniveau, das in der Industrie erzielt wird. Im Ergebnis wird das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr über ein minimales Plus von 0,1 Prozent nicht hinauskommen.

Ein selbsttragender Aufschwung zeichnet sich weiterhin nicht ab. Für den weiteren Prognosezeitraum erwarten wir mit 1,0 Prozent (2026) und 1,3 Prozent (2027) wieder nennenswerte Zunahmen des Bruttoinlandsprodukts. Arbeitstäglich bereinigt sind es 0,7 bzw. 1,2 Prozent. Diese Raten spiegeln allerdings keinen selbsttragenden Aufschwung wider, sondern sind im Wesentlichen das Ergebnis einer stark expansiv ausgerichteten Finanzpolitik, wobei im kommenden Jahr noch dämpfende Effekte infolge höherer Zölle in den Vereinigten Staaten wirken. Gegenüber unserer Herbstprognose fällt die Expansionsrate für das kommende Jahr um 0,3 Prozentpunkte geringer aus, was

neben etwas schwächer veranschlagten Impulsen seitens der öffentlichen Hand auch eine als nochmals gravierender eingeschätzte Strukturkrise reflektiert. Zwar dürften sich die bis zuletzt sehr schwachen Unternehmensinvestitionen etwas beleben, mit Ausnahme der Ausgaben für Software sowie Forschung und Entwicklung bleibt die private Investitionstätigkeit aber voraussichtlich insgesamt verhalten. Für verschärftre strukturelle Probleme und nur moderate Expansionsaussichten spricht auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt. So deuten Umfragen darauf hin, dass die Bereitschaft zum Horten von Arbeitskräften in Erwartung zukünftig wieder höherer Bedarfe gesunken ist. Auch die zuletzt sehr kräftig gestiegenen Effektivlöhne dürften kaum auf verschärftre Knappheiten am Arbeitsmarkt, sondern vielmehr auf vermehrte Abfindungszahlungen zurückzuführen sein. All dies lässt darauf schließen, dass sich die Unternehmen in der Breite von der expansiven Finanzpolitik noch keine Unterstützung für ihre Geschäftstätigkeit erwarten, weil sie andernfalls an den dann wieder notwendigen Arbeitskräften festhalten und bereits verstärkt investieren würden. Gleichwohl dürfte zum Jahreswechsel 2025/2026 der Scheitelpunkt bei der Arbeitslosigkeit erreicht werden. Ausgehend von 6,3 Prozent im laufenden Jahr bildet sich die Arbeitslosenquote im weiteren Prognosezeitraum auf 6,2 Prozent (2026) und 5,9 Prozent (2027) zurück (Tabelle 1).

Tabelle 1:

Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung

	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,5	0,1	1,0	1,3
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	3,1	3,0	2,6	2,6
Verbraucherpreise	2,2	2,2	1,8	2,1
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	-0,3	0,4	0,5	0,7
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	45.987	45.977	46.002	46.114
Arbeitslosenquote(Prozent)	6,0	6,3	6,2	5,9
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-2,4	-3,5	-4,0
Schuldenstand	62,1	62,6	63,9	65,4
Leistungsbilanz	5,9	4,6	4,1	3,5

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Monetäre Rahmenbedingungen

Das Zinsumfeld hat sich insgesamt kaum verändert. Der Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB liegt seit der jüngsten Zinssenkung im Juni bei 2 Prozent, und für den Prognosezeitraum erwarten wir keine weiteren Zinsschritte. Am Kapitalmarkt hat sich die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen seit August weitgehend seitwärts bewegt und lag zuletzt bei rund 2,6 Prozent, während die Renditen 30-jähriger Bundesanleihen seit August – von bereits erhöhtem Niveau – weiter gestiegen sind und somit den höchsten Stand seit 2011 erreicht haben. Die Renditen von Unternehmensanleihen waren seit Juni dieses Jahres bis in den Herbst hinein etwa konstant und sind im November leicht auf 3,6 Prozent gestiegen; der Renditeabstand gegenüber Bundesanleihen hat sich damit von 0,9 Prozent auf 1 Prozent erhöht. Auch die Baufinanzierungszinsen haben sich zuletzt nur moderat verändert und liegen laut Daten der Plattform Interhyp (Sollzins-

bindung 10 Jahre) bei etwa 3,6 Prozent. Die Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften verlaufen seit Mitte 2024 in der Tendenz rückläufig. Sie sind zwar zuletzt erstmals wieder leicht gestiegen, eine ausgeprägte Kehrtwende zeichnet sich jedoch nicht ab.

Das Kreditneugeschäft zeigt sich unauffällig. Die Kreditsumme an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften ist weiterhin aufwärtsgerichtet (zuletzt im Oktober mit 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr), während die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat bei den sonstigen Krediten an private Haushalte in etwa unverändert bei rund 1 Prozent lag. Die Wohnungsbaukredite weisen – bei weiterhin moderater Dynamik – im Vorjahresvergleich seit April 2024 zunehmende Zuwachsraten auf. Die Kreditrichtlinien wurden im dritten Quartal in allen Segmenten per Saldo noch weiter gestrafft. Ausschlaggebend waren laut Bank Lending Survey der Deutschen Bundesbank (Oktober 2025) weiterhin vor allem gestiegene Risiken

bzw. eine ungünstigere Risikoeinschätzung. Bei Konsumenten- und sonstigen Krediten spielte zudem eine gesunkene Risikotoleranz eine Rolle. Die Kreditnachfrage stieg zwar in allen Segmente, jedoch weniger kräftig als im Vorquartal. Für das vierte Quartal planen die Banken bei Unternehmenskrediten keine weitere Anpassung der Richtlinien, rechnen bei Krediten an private Haushalte aber erneut mit Straffungsbedarf.

Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Im kommenden Jahr setzt ein deutlich expansiver Kurs ein. Die Mittel, die durch die Grundgesetzänderung aus dem Frühjahr zur Verfügung gestellt werden, dürften anders als in der Finanzplanung des Bundes mit gewisser Verzögerung abfließen. Schnell umsetzbar sind vorrangig Subventionen und Steuersenkungen, die entweder aus den Sondervermögen direkt finanziert werden oder durch Verschiebung von bestehenden Projekten aus dem Kernhaushalt in die Sondervermögen im Kernhaushalt dargestellt werden. Zusätzliche investive Ausgaben, die erfahrungsgemäß einen gewissen Vorlauf brauchen, dürften erst im Verlauf des Jahres 2026 eine zunehmende Rolle spielen (Boysen-Hogrefe und Jannsen 2025). Grundsätzlich hat sich an der Einschätzung der Ausrichtung der Finanzpolitik seit Herbst wenig verändert, auch wenn in der Zwischenzeit einige Maßnahmen von der Politik konkretisiert worden sind, wie z.B. der Industriestrompreis oder die E-Auto-Förderung. Allerdings fallen die Ausgaben-

dynamik und das Finanzierungsdefizit für das laufende Jahr etwas stärker aus als in der Herbstprognose des Kiel Instituts erwartet, so dass der Impuls der Finanzpolitik für das kommende Jahr etwas geringer ausfallen dürfte als noch in der Herbstprognose unterstellt.

Außenhandel

Im dritten Quartal sanken die Ausfuhren merklich. Die Warenexporte bewegten sich insgesamt mit einem Rückgang um 0,1 Prozent praktisch seitwärts. Insbesondere die Exporte von Investitions- und Vorleistungsgütern gingen zurück; Zuwächse waren hingegen bei den Konsumgütern und den Sonstigen Waren zu verzeichnen. Deutlich rückläufig zeigten sich erneut die Warenausfuhren nach China, deren Wert im Vorquartalsvergleich um 3,7 Prozent nachgab. Der Wert der deutschen Warenexporte nach China lag damit in den ersten neun Monaten des Jahres um 12,3 Prozent unter dem des entsprechenden Vorjahreszeitraumes, womit sich der seit mehreren Jahren beobachtete Abwärtstrend fortsetzte. Maßgeblich hierfür war ein Einbruch der wertmäßigen Exporte von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen um 35,9 Prozent. Auch in die Vereinigten Staaten waren kräftige Rückgänge des Warenexportwerts um 8,5 bzw. 15,7 Prozent im Vorquartals- bzw. Vorjahresvergleich zu verzeichnen. Die Dienstleistungsausfuhren sanken im dritten Quartal deutlich um 2,6 Prozent, nachdem sie im zweiten Quartal um 2,3 Prozent gestiegen waren. Hierbei gingen insbesondere die Gebühren für die Nutzung geistigen Eigentums sowie die Erlöse aus Forschungs- und Entwicklungs-

leistungen mit 8,3 bzw. 7,0 Prozent deutlich zurück.

Die Exporte passen sich an die neue handelspolitische Realität an. Der Rückpralleffekt, der auf das Vorziehen von Warenausfuhren in die Vereinigten Staaten im ersten Quartal folgte, dürfte im Wesentlichen ausgestanden sein. Gleichwohl ist eine Erholung der deutschen Warenausfuhren in die Vereinigten Staaten fraglich, da die nun geltenen höheren US-Zölle sowie die Aufwertung des Euro weiterhin belastend wirken. Die negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Zoll erhöhungen dürften in den Vereinigten Staaten erst in den kommenden Monaten voll zum Tragen kommen und die Nachfrage nach deutschen Exportgütern weiter dämpfen. Eine negative abschließende juristische Beurteilung der erhobenen Schutzzölle¹ erscheint unwahrscheinlich; wir unterstellen für unsere Prognose weiterhin, dass die Zölle dauerhaft auf dem gegenwärtigen Niveau verharren werden. Auch die deutschen Warenexporte nach China dürften sich im Prognosezeitraum kaum wieder erholen; so ist der offenbare komparative Vorteil Deutschlands bereits seit 2012 relativ zu China rückläufig, was für eine gesunkene Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produzenten vis-à-vis ihrer chinesischen Konkurrenten spricht, die auch den chinesischen Markt selbst betrifft (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024: Kasten 2.2; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2025: Kap. 5, S. 73ff). Die Exporterwartungen der Unternehmen waren aus-

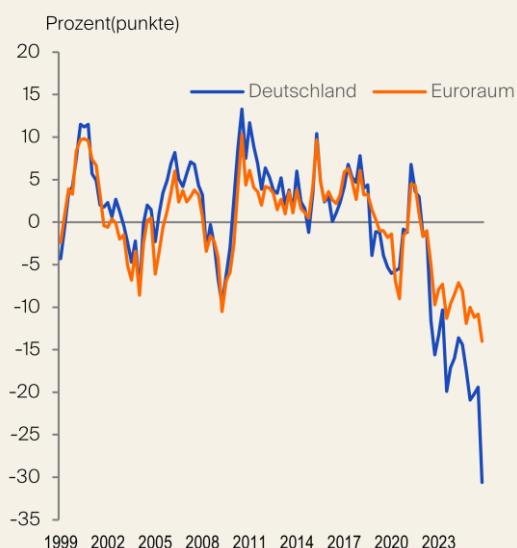
weislich Befragungen durch das ifo Institut seit Beginn des Jahres aufwärtsgerichtet; zwischenzeitlich überwog sogar der Anteil an Unternehmen, die eine positive Entwicklung erwarteten. Auch die Unternehmenszuversicht auf den Absatzmärkten verbesserte sich, wenngleich auf niedrigem Niveau. Zudem blieb der Auftragsbestand aus dem Ausland zuletzt stabil, obwohl die Auftragseingänge aus dem Ausland exklusive Großaufträge zuletzt wieder rückläufig waren. Allerdings berichten deutsche Unternehmen in immer stärkerem Umfang von einer Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit insbesondere auf Absatzmärkten außerhalb der EU. Zwar gilt dies auch für Unternehmen in anderen Ländern des Euroraums, doch fällt das Urteil deutscher Unternehmen seit gut drei Jahren im Vergleich deutlich negativer aus und verschlechterte sich im laufenden Quartal noch einmal sehr deutlich. (Abbildung 2) Für das vierte Quartal deuten die Frühindikatoren insgesamt auf eine Seitwärtsbewegung der Exporte hin. Die preisbereinigten Warenausfuhren lagen im Oktober zwar recht deutlich über dem Niveau des dritten Quartals, jedoch zeichnet sich für den November ein Rückgang ab. Im weiteren Verlauf dürften die Ausfuhren langsam expandieren. Die trotz der neuen handelspolitischen Realität recht lebhafte Entwicklung des Welthandels ist zumindest teilweise einer Umlenkung der chinesischen Ausfuhren über Drittstaaten geschuldet (Gern et al. 2025). Nicht zuletzt daher wird die deutsche Industrie wohl auch weiterhin nicht mehr pro rata am

¹ Die konsolidierten Fälle *Learning Resources, Inc. v. Trump* und *Trump v. V.O.S. Selections* wurden am 5. November des Jahres mündlich vor

dem obersten Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten verhandelt (SCOTUSblog 2025a, 2025b).

expandierenden Welthandel partizipieren können. Wir erwarten für die beiden kommenden Jahre Anstiege der deutschen Exporte um 0,9 (2026) bzw. 1,6 Prozent (2027).

Abbildung 2:
Veränderung der Wettbewerbsposition



Quartalsdaten. Veränderung der Wettbewerbsposition außerhalb der Europäischen Union: Saldo der Anteile der Unternehmen, die von einer Verbesserung bzw. einer Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition ggü. dem Vorquartal berichten.

Quelle: Europäische Kommission.

Die Importe expandieren moderat. Die deutschen Wareneinfuhren legten im dritten Quartal um 0,9 Prozent zu, wohingegen die Einfuhren von Dienstleistungen um 1,9 Prozent fielen. Die Warenimporte aus China expandierten stark; insbesondere die Einfuhren sonstiger Fahrzeuge² aus China nahmen in den ersten drei Quartalen um 25,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Für das laufende Quartal deuten die Frühindikatoren auf einen moderaten Anstieg der Importe hin. Ab dem kommenden Jahr werden die Einfuhren in Anbetracht der zunehmenden Wirtschaftsleistung voraussichtlich wieder

anziehen, zumal die importintensiven Ausrüstungsinvestitionen wohl überproportional zulegen werden. Insgesamt dürften die deutschen Einfuhren in den Jahren 2026 und 2027 um 2,7 bzw. 2,9 Prozent steigen.

Die Terms of Trade verbesserten sich zuletzt leicht. Sowohl die Export- als auch die Importpreise sanken im dritten Quartal, wobei wie schon im Vorquartal der Rückgang der Importpreise stärker ausfiel. Für das laufende Quartal deuten die monatlichen Preisindizes des Warenhandels in Kombination mit den sinkenden Weltmarktpreisen für Rohstoffe sowie der effektiven Aufwertung des Euro auf einen leichten Anstieg der Terms of Trade um 0,2 Prozent hin. Für den weiteren Prognosezeitraum rechnen wir damit, dass sich die Terms of Trade allmählich wieder zurückbilden und in Richtung ihres langfristigen Mittels bewegen. Für das Jahr 2026 erwarten wir aufgrund statistischer Basisfehler einen Anstieg um 0,4 Prozent, dem ein Rückgang um 0,2 Prozent im Jahr 2027 folgt.

Entstehung

Die Wirtschaftsleistung hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die wirtschaftliche Aktivität hat sich nach den Rückgängen in den Jahren 2023 und 2024 wieder gefangen. Eine lebhafte Erholung nach der akuten Phase der Energiekrise, für die beispielsweise die deutliche Besserung der Terms of Trade nach dem energiepreisbedingten Einbruch gesprochen hatte, hat sich aber

² Hierunter fallen unter anderem Schiffe, Schienenfahrzeuge, Luft- und Raumfahrzeuge, Fahrräder und Krafträder.

nicht eingestellt. Maßgeblich dafür dürften vor allem die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sein, die derzeit offenbar nicht viel mehr als eine Stagnation zulassen. Zu den Schwankungen der Wirtschaftsleistung in der ersten Jahreshälfte haben Reaktionen auf die US-Zollpolitik beigetragen. Im dritten Quartal stagnierte das Bruttoinlandsprodukt, und die Frühindikatoren deuten auch für das Schlussquartal auf kaum mehr als eine Seitwärtsbewegung hin. Der Einkaufsmanagerindex bewegte sich zuletzt wieder über der Expansionsschwelle, aber die Geschäftslage der Unternehmen hat sich im vierten Quartal etwas verschlechtert. Die Industrieproduktion lag im Oktober über dem Niveau des dritten Quartals, allerdings zeichnet sich für den November, nicht zuletzt angesichts der rückläufigen Lkw-Fahrleitung, ein Rückgang ab. Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit einem leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts für das vierte Quartal, auch weil der Staatskonsum infolge von Nachholeffekten nach der vorläufigen Haushaltsführung wieder deutlich zulegen dürfte. Alles in allem wird die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr voraussichtlich mit einem Plus von 0,1 Prozent nahezu stagnieren.

Die expansive Finanzpolitik schiebt ab dem kommenden Jahr an – wie rasch und in welchem Ausmaß, ist aber unsicher. Mit der Änderung der Finanzverfassung haben sich die fiskalischen Spielräume der öffentlichen Haushalte erheblich vergrößert. Unterstellt man Verteidigungsausgaben von 3,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, sind für das kommende Jahrzehnt

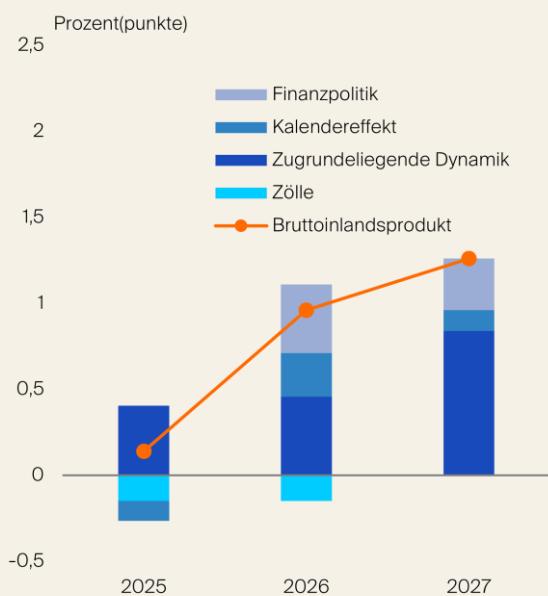
Defizite von über 4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu erwarten. Die zusätzlichen finanzpolitischen Impulse, die die Wirtschaftsleistung ausgehend vom Niveau des Jahres 2024 stimulieren könnten, dürften aber im Prognosezeitraum weitaus geringer ausfallen (Boysen-Hogrefe und Jannsen 2025). Zum einen wird ein erheblicher Teil der Spielräume genutzt werden, um die unter der alten Finanzverfassung notwendig gewordene Konsolidierung zu vermeiden. Zum anderen benötigen öffentliche Vorhaben erfahrungsgemäß einen erheblichen Planungs- und Umsetzungsvorlauf. Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit expansiven finanzpolitischen Impulsen von 0,7 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt für das kommende Jahr und von 0,5 Prozent für das Jahr 2027. Insgesamt erwarten wir insbesondere für das kommende Jahr nun einen etwas geringeren Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt als in der Herbstprognose. Ein Grund dafür ist, dass wir den finanzpolitischen Impuls etwas niedriger veranschlagen (Herbstprognose: 0,9 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Zudem lassen sich aus den Frühindikatoren derzeit keine Anzeichen für eine breit angelegte wirtschaftliche Erholung ablesen. Die Auftragseingänge im Tiefbau sind in der Tendenz zwar deutlich aufwärtsgerichtet. Auch könnten sich Anstiege des Staatskonsum, in dem sich größere Teile der geplanten Ausgabeerhöhungen widerspiegeln werden, zunächst nur bedingt in den Frühindikatoren niederschlagen. Allerdings haben sich die Geschäftserwartungen, die im Verlauf des Jahres zunächst kräftig gestiegen waren, in den vergangenen Monaten auf niedrigem Niveau nur noch

seitwärts bewegt; eine deutliche Besserung der Geschäftslage oder des Konsumklimas ist noch nicht auszumachen. Insbesondere das Investitionsklima ist nach wie vor schlecht und deutet nicht darauf hin, dass die Unternehmen breit angelegt ihre Investitionen in Erwartung besserer Absatzmöglichkeiten erhöhen. Schließlich konzentrieren sich die finanzpolitischen Impulse nicht wie zunächst avisiert auf Ausgabensteigerungen, sondern umfassen mittlerweile ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen.³ Zwar ist der empirische Befund zu den relativen realwirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher finanzpolitischer Maßnahmen nicht eindeutig, und insbesondere Steuersenkungen könnten auch größere realwirtschaftliche Effekte als Ausgabensteigerungen mit sich bringen (Ramey 2019). Allerdings beinhalten die Maßnahmen auch die Senkung indirekter Steuern sowie Investitionszuschüsse und Subventionen, deren realwirtschaftliche Wirkung wir als eher gering veranschlagen (Boysen-Hogrefe und Groll 2024; Gaddatsch et al. 2016; Hinterlang et al. 2023; Gechert und Rannenberg 2018). Alles in allem rechnen wir damit, dass die expansive Finanzpolitik das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2026 um 0,4 Prozent (Herbstprognose: 0,6 Prozentpunkte) und im Jahr 2027 um 0,3 Prozentpunkte erhöhen wird.

Die Wirtschaftsleistung wird in den kommenden beiden Jahren neben der Finanzpolitik durch weitere Sonderfaktoren geprägt – die zugrundeliegende Dynamik bleibt aber schwach. So wird die in den kommenden Jahren höhere Zahl an Arbeitstagen die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts um 0,25 Prozentpunkte (2026) bzw. 0,1 Prozentpunkte (2027) erhöhen; im laufenden Jahr verringert der Arbeitstageeffekt die Zuwachsrate dagegen um 0,1 Prozentpunkte. Zudem dämpfen die Zollerhöhungen der Vereinigten Staaten die Wirtschaftsleistung. Wir veranschlagen den negativen Effekt auf das Niveau des Bruttoinlandsprodukts auf Basis von Handelsmodellen (Hinz et al. 2025; Kiel Institut für Weltwirtschaft 2025) sowie unmittelbarer makroökonomischer Folgewirkungen auf 0,3 Prozent, wobei die Zuwachsrate im laufenden und im kommenden Jahr in etwa zu gleichen Teilen gedämpft wird. Zusätzlich dürfte die US-Zollpolitik die handels- und wirtschaftspolitische Unsicherheit erhöht haben, was die wirtschaftliche Aktivität erfahrungsgemäß stört (Baker et al. 2016).⁴ Allerdings lassen sich diese Effekte nur schwer isolieren und dürften sich im erheblichen Umfang bereits in einer niedrigeren wirtschaftlichen Aktivität niedergeschlagen haben. Trotz der recht hohen Zuwachsralten des Bruttoinlandsprodukts von 1 Prozent (2026) bzw. 1,3 Prozent (2027) gehen wir davon aus, dass die zugrundeliegende wirtschaftliche Dynamik schwach bleiben wird (Abbildung 3). Abgesehen von den Sondereinflüssen dürfte das Bruttoinlandsprodukt trotz

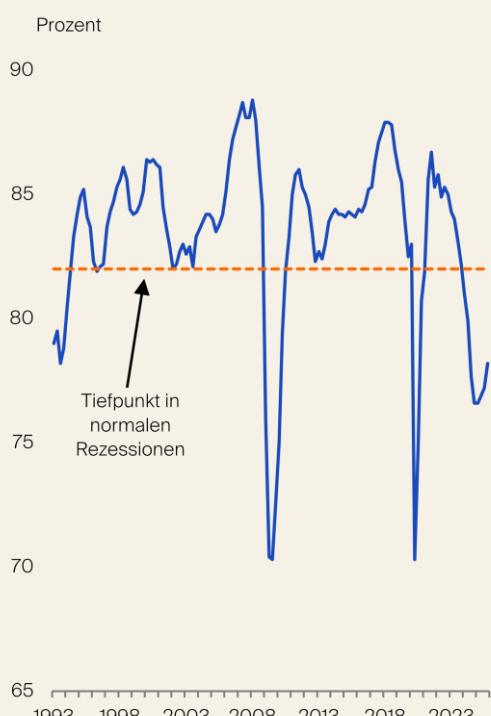
³ Zu den realwirtschaftlichen Auswirkungen von staatlichen Ausgabensteigerungen siehe Jannsen (2025).

⁴ Berend und Jannsen (2024) analysieren den Einfluss wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf die deutsche Wirtschaft.

Abbildung 3:**Beiträge zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts**

Jahresdaten. Einfluss von Zöllen, Kalendereffekten, und finanzpolitischen Impulsen auf die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten. Zugrundeliegende Dynamik: Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts abgesehen von den Sondereffekten.

Quelle: Berechnungen und Prognosen des Kiel Instituts.

Abbildung 4:**Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe**

Quartalsdaten. Saisonbereinigt. Normale Rezessionen: Rezessionen außerhalb von Krisen.

Quelle: ifo Institut; Berechnungen des Kiel Instituts.

des niedrigen Niveaus – im laufenden Jahr liegt es in etwa auf dem Niveau des Jahres 2019 – ausgehend von 0,4 Prozent im laufenden Jahr nur um 0,5 Prozent (2026) bzw. 0,8 Prozent (2027) zu legen. Dies ist vor allem auf strukturelle Probleme zurückzuführen, die sich in den kontinuierlichen Abwärtsrevisions für die Schätzungen des Produktionspotenzials in den vergangenen Jahren und den voraussichtlich niedrigen Zuwachsraten des Produktionspotenzials in den kommenden Jahren widerspiegeln (Boysen-Hogrefe et al. 2025).

Die Erholungsspielräume im Verarbeitenden Gewerbe sind trotz niedriger Auslastung begrenzt. Die niedrige Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe dürfte im Wesentlichen strukturelle Probleme widerspiegeln und weniger eine zyklische Schwächephase (Jannsen und Kooths 2025). Dafür spricht, dass die Auslastung ausweislich von Unternehmensbefragungen deutlich niedriger ist als in früheren gewöhnlichen Rezessionen und sich Niveaus angenähert hat, die zuvor nur in schweren Wirtschaftskrisen zu beobachten waren (Abbildung 4). Bereits seit mehreren Jahren hat sich die Industrieproduktion im internationalen Vergleich auffallend schwach entwickelt und können die Warenexporte mit dem Welthandel nicht mehr Schritt halten. Für sinkende Produktionskapazitäten spricht nicht zuletzt, dass die Unternehmen trotz Fachkräftemangels bereits seit 2,5 Jahren Stellen abbauen und Umfragen zufolge beabsichtigen, ihre Investitionen weiter zu reduzieren (Europäische Kommission 2025; DIHK 2025). Vor diesem Hintergrund dürfte die seit dem zweiten Quartal wieder aufwärts-

gerichtete Auslastung bei gleichzeitig sinkender Industrieproduktion und rückläufiger Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe vor allem auf einen weiteren Abbau von Kapazitäten zurückzuführen sein. Die Auftragseingänge sprechen dafür, dass sich die Industrieproduktion zumindest auf niedrigem Niveau – zuletzt bewegte sie sich auf dem des Jahres 2006 – stabilisieren wird. Zudem gehen wir davon aus, dass sich die Bruttowertschöpfung, die die Produktion von Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe umfasst, weiterhin etwas günstiger entwickeln wird als die industrielle Fertigung gemessen anhand der Industrieproduktion.⁵ Vor diesem Hintergrund dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im kommenden Jahr wieder moderat steigen. Einer deutlichen Belebung stehen jedoch die strukturellen Hemmnisse entgegen. Durch die Chipkrise könnte es kurzfristig zu einem erneuten Rückschlag kommen. So sind die Materialengpässe Umfragen des ifo Instituts zufolge im November insbesondere in der Automobilindustrie deutlich gestiegen; allerdings lagen sie noch weit unter ihren Höchstständen ([ifo Institut 2025](#)). Zu spürbaren gesamtwirtschaftlichen Effekten würde es insbesondere bei längeren Produktionsausfällen kommen, die nicht nachgeholt werden können, wovon wir für die vorliegende Prognose aber nicht ausgehen.⁶ Höhere Staatsausgaben schlagen sich erfahrungsgemäß zu großen Teilen

in Dienstleistungsbranchen nieder. Diese werden über einen höheren Planungs- und Verwaltungsaufwand auch von investiven staatlichen Ausgaben angeregt. Deshalb wird sich die höhere wirtschaftliche Dynamik ab dem kommenden Jahr, die wesentlich auf die expansive Finanzpolitik, breit gestreut über die Branchen zeigen.

Heimische Absorption

Der private Konsum hat eine Verschnaufpause eingelegt. Die privaten Konsumausgaben sind seit Anfang des Jahres 2024 deutlich gestiegen. Maßgeblich war, dass die verfügbaren Einkommen im Nachgang der Hochinflationsphase recht kräftig anzogen – nicht zuletzt, weil die Tariflöhne und die monetären Sozialleistungen erst mit etwas Verzögerung auf die hohe Inflation reagiert hatten –, während die Verbraucherpreisinflation bereits wieder deutlich zurückgegangen war, so dass sich die Kaufkraft der privaten Haushalte wieder erholte. Mittlerweile sind die Anpassungen an die hohe Inflation aber abgeschlossen und die Inflationsausgleichsprämie ist zu Jahresbeginn entfallen, so dass die real verfügbaren Einkommen in den ersten drei Quartalen des Jahres im Vorjahresvergleich kaum mehr als stagnierten. Im ersten Quartal stieg der private Konsum gleichwohl noch einmal kräftig, verbunden mit einem deutlichen Rückgang der Sparquote. Im Einklang mit der

⁵ Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe entwickelt sich bereits seit Längerem in der Tendenz günstiger als die Industrieproduktion. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte sein, dass der Wertschöpfungsanteil von Dienstleistungen bei den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe sukzessive zunimmt (Lehmann et al. 2025).

⁶ Ein Produktionsausfall in der Branche Kraftwagen und Kraftwagenteile von 20 Prozent in einem Monat, der nicht nachgeholt wird, würde die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in dem entsprechenden Quartal um schätzungsweise knapp 0,3 Prozent dämpfen.

schwächeren Einkommensentwicklung legte er im zweiten Quartal kaum noch zu und ging im dritten Quartal sogar um 0,3 Prozent zurück. Die Einzelhandelsumsätze und das weiterhin eingetrühte Konsumklima signalisieren keine größeren Sprünge für das vierte Quartal. Trotz der zuletzt verhaltenen Entwicklung wird der private Konsum im laufenden Jahr aufgrund des hohen Niveaus zu Jahresbeginn um voraussichtlich 0,8 Prozent zulegen. Bei stagnierenden real verfügbaren Einkommen speist sich dieser Anstieg durch die im Jahresdurchschnitt deutlich geringere Sparquote.

Mit den steigenden real verfügbaren Einkommen legt der private Konsum im Verlauf des kommenden Jahres wieder zu. Ab dem kommenden Jahr werden die real verfügbaren Einkommen wieder anziehen. Wesentliche Gründe dafür sind, dass der dämpfende Effekt auf die Zuwachsrate durch den Wegfall der Inflationsausgleichsprämie entfällt und sich der Anstieg der Sozialbeiträge abflacht. Auch gehen wir davon aus, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte angesichts der sich bessernden Konjunktur nicht weiter zurückgehen werden. Alles in allem rechnen wir mit Anstiegen der real verfügbaren Einkommen in den kommenden beiden Jahren von jeweils rund 1 Prozent. Die Sparquote ist nach dem Rückgang zu Jahresbeginn im dritten Quartal wieder gestiegen und liegt damit etwa auf dem durchschnittlichen Niveau der vergangenen vier Quartale und vor der Pandemie. Zu größeren Schwankungen der Sparquote können Einmalzahlungen beitragen, wie zum Beispiel im Rahmen der Inflations-

ausgleichsprämie oder jüngst aufgrund von Abfindungen. Insgesamt wird die Sparquote aber von zahlreichen Faktoren beeinflusst, die sich nur schwer quantifizieren lassen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024: Kapitel 5). Für die Prognose nehmen wir an, dass die Sparquote auf ihrem Niveau aus dem dritten Quartal von saisonbereinigt 10,7 Prozent verharrt. Alles in allem dürfte der private Konsum im kommenden Jahr um 0,7 Prozent und im Jahr 2027 um 1 Prozent steigen.

Strukturelle Hemmnisse bremsen die Ausrüstungsinvestitionen, während öffentliche Beschaffungen und steuerliche Anreize für Auftrieb sorgen. Die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge stiegen im dritten Quartal um 1,1 Prozent. Allerdings setzte sich der seit Mitte des Jahres 2022 bestehende Abwärtstrend von Investitionen in Maschinen und Geräte fort (-0,7 Prozent), während die Investitionen in Fahrzeuge ausgeweitet wurden (+5,3 Prozent). Für das vierte Quartal zeigen die Frühindikatoren einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 0,9 Prozent an. Darauf deuten sowohl die Produktionsbeurteilung der Investitionsgüterhersteller als auch die in Umfragen gemessene Kapazitätsauslastung hin. Auch die Inlandsumsätze sowie die Produktion der Investitionsgüterhersteller lagen im Oktober über dem Niveau des Vorquartals. Für das Gesamtjahr 2025 ergibt sich damit ein Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 2,3 Prozent. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen werden nach dem Rückgang von 6,2 Prozent im Jahr 2024 abermals kräftig um voraussichtlich 3,6 Prozent zurückgehen; die öffentlichen

Ausrüstungen werden dagegen um rund 10 Prozent steigen. Im Prognosezeitraum dürften insbesondere die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen angesichts der weiter steigenden Rüstungsausgaben kräftig ausgeweitet werden. Die verstärkte militärische Beschaffung hat im laufenden Jahr wohl zu der steigenden Zahl von Großaufträgen beigetragen. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen dürften – entgegen dem historischen Zusammenhang – nur verhalten mit dem Schließen des Produktionslücke zunehmen. Darauf deuten Umfragen des DIHK, denen zufolge die Investitionsabsichten der Unternehmen, insbesondere in der Industrie, rückläufig sind (Abbildung 5). Gründe hierfür liegen wohl in strukturellen Hemmnissen des Verarbeitenden Gewerbes, etwa einer nachlassenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Dies zeigt sich auch in den inländischen Auftragseingängen der Investitionsgüterhersteller ohne Großaufträge, die seit Beginn des vergangenen Jahres stagnieren und sich bis zuletzt auf äußerst niedrigem Niveau bewegten. Positive Impulse werden von den geänderten steuerlichen Abschreibungsregeln („Investitionsbooster“) ausgehen.⁷ Darauf deuten zahlreiche Studien für die Vereinigten Staaten (Zwick und Mahon, 2017, Ohrn, 2019) als auch für Deutschland (Menkhoff und Peichl, 2025, Dorn et al., 2021). Da Unternehmen aufgrund bereits bestehender Abschreibungsanreize Investitionen teilweise vorgezogen haben dürften, könnte dieser Effekt jedoch

gedämpft ausfallen (Sachverständigenrat 2025: Kasten 15). Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass das Niveau der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2026 um 2 Prozent und im Jahr 2027 um 3 Prozent höher liegen wird als ohne diese Maßnahme. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2026 und 2027 um 4,0 bzw. 4,8 Prozent steigen.

Abbildung 5:
Investitionsabsichten der Unternehmen



Drei Umfragen pro Jahr. Saldo des Anteils der Unternehmen, die beabsichtigen, ihre Investitionen in den kommenden 12 Monaten in Deutschland zu erhöhen bzw. zu verringern, in Prozentpunkten, gepunktet: Mittelwert, in Prozentpunkten.

Quelle: DIHK-Konjunkturumfragen, Berechnungen des Kiel Institut.

Die Bauinvestitionen bleiben im Jahr 2025 rückläufig und erholen sich im Prognosezeitraum verhalten. Im dritten Quartal sanken die Bauinvestitionen um 0,5 Prozent. Während die Investitionen in den Wohnbau (-0,5 Prozent) und in den Wirtschaftsbau (-2,4 Prozent) rückläufig waren, wurden die öffentlichen Bauinvestitionen deutlich ausgeweitet (+2,1 Prozent). Für das Schlussquartal

⁷ Die Bundesregierung hat die degressive Abschreibungsrate für Ausrüstungsinvestitionen, die zwischen dem 01. Juli 2025 und dem 31. Dezember 2027 getätigt werden, auf 30 Prozent erhöht. Zudem stieg die steuerliche Abschrei-

bungsrate von E-Dienstfahrzeugen bis zu einem Wert von 100 000 Euro im ersten Jahr auf 75 Prozent.

legen die Frühindikatoren einen leichten Anstieg nahe. So lag die Produktion im Bauhauptgewerbe im Oktober über dem Niveau des Vorquartals. Jedoch bewegten sich sowohl die Kapazitätsauslastung als auch das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe im vierten Quartal ausweislich der vorliegenden Monatswerte unter dem Niveau des Vorquartals. Insgesamt rechnen wir für das vierte Quartal mit einem Anstieg von 0,4 Prozent. Für das Gesamtjahr 2025 ergibt sich damit ein Rückgang um 1,2 Prozent. Maßgeblich für den Einbruch sind die seit der Zinswende 2021 deutlich ungünstigeren Finanzierungsbedingungen, verbunden mit einem massiven Anstieg der Baupreise. Ab dem kommenden Jahr dürften die Bauinvestitionen jedoch wieder leicht zunehmen, wobei sich die zweigeteilte Dynamik zwischen Hoch- und Tiefbau wohl fortsetzt. Der Tiefbau, dürfte angesichts der guten Auftragslage im Prognosezeitraum spürbar ausgeweitet werden. Maßgeblich ist hier der öffentliche Bau, der infolge der expansiven Finanzpolitik zulegen wird. Aufgrund der bereits recht hohen Auslastung könnten jedoch Kapazitätssengpässe die Ausweitung der Tiefbauinvestitionen begrenzen und zu stärkeren Preissteigerungen führen. Die Investitionen im Hochbau werden nach den Rückgängen der vergangenen vier Jahre ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau wohl wieder etwas steigen. Die Wohnbauinvestitionen dürften sich dank besserter Finanzierungsbedingungen moderat erhöhen. Seit Jahresbeginn stiegen sowohl die Auftragseingänge im Wohnbau (+12 Prozent) als auch die Baugenehmigungen (+20 Prozent). Der Wirtschaftsbau wird ab dem kommenden

Jahr zusätzlich durch steigende Ausrüstungsinvestitionen und die expansive Finanzpolitik gestützt werden. Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2026 einen Anstieg der Bauinvestitionen um 1,8 Prozent. Im Jahr 2027 dürften sie um 2,3 Prozent ausgeweitet werden. Gleichwohl lägen die Bauinvestitionen damit weiterhin rund 13 Prozent unter dem Niveau von vor der Zinserhöhung im Jahr 2021.

Während die Investitionen in Maschinen und Geräte an Bedeutung verlieren, zeigen die Investitionen in sonstige Anlagen einen aufwärtsgerichteten Trend. Die Investitionen in sonstige Anlagen, die vor allem Investitionen in Software sowie Forschung und Entwicklung umfassen, stiegen im dritten Quartal um 0,9 Prozent. Während die Ausrüstungsinvestitionen im Gesamtjahr voraussichtlich um 2,3 Prozent zurückgehen, dürften die sonstigen Anlageinvestitionen um 3,8 Prozent ausgeweitet werden. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich dieser Trend fortsetzen, nicht zuletzt gestützt durch zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand sowie eine Ausweitung der Forschungsförderung. Wir erwarten in den Jahren 2026 und 2027 Anstiege der sonstigen Anlageinvestitionen um 4,3 bzw. 5,2 Prozent.

Verbraucherpreise

Die Inflation bewegt sich nahe 2 Prozent. Nach einem Anstieg im September ist die Inflationsrate im Oktober und November wieder etwas zurückgegangen und lag zuletzt bei 2,3 Prozent. Die Kernrate (ohne Energie) sank auf 2,5 Prozent und liegt damit auf dem

niedrigsten Stand seit September 2024. Sie verharrt jedoch weiterhin über ihrem langfristigen Mittel, was vor allem an dem nach wie vor hohen Preisauftrieb bei den Dienstleistungen liegt.

Die Energiepreise geben im Prognosezeitraum weiter nach. Im Vergleich zur Herbstprognose deuten die Terminmarktnotierungen für Rohöl und Gas auf etwas geringere Preise hin. Der Rohölpreis beläuft sich demzufolge im laufenden Jahr auf durchschnittlich 68,3 US-Dollar je Barrel (Herbst: 68,7), bevor er im Jahr 2026 auf 63,3 US-Dollar je Barrel (65,6) sinkt und im Jahr 2027 wieder leicht auf 63,6 US-Dollar je Barrel (65,4) steigt. Bei Erdgas rechnen wir ebenfalls mit leichten Rückgängen auf durchschnittliche Preise von 30,5 Euro je MWh (Herbst: 33,0) für das kommende Jahr und 28,4 Euro je MWh (29,8) für das Jahr 2027. Die Notierungen für Strom hingegen liegen höher als noch im Herbst, wobei wir für den Prognosezeitraum weiterhin tendenziell sinkende Preise erwarten. Der Strompreis je MWh dürfte sich im Jahr 2026 bzw. 2027 auf 89,2 Euro (Herbst: 80,8) bzw. 86,0 Euro (73,6) belaufen. Seitens der staatlichen Preisbestandteile ist weiterhin unterstellt, dass sich die Netzentgelte ab Anfang 2026 um 1,5 Cent je kWh verringern und die Gasumlage ab Januar des kommenden Jahres wegfällt. Stärkeren Preistrückgängen wirkt der Anstieg des CO₂-Preises um 10 Euro im kommenden Jahr entgegen. Für das Jahr 2027 rechnen wir anders als im Herbst mit keinem weiteren Anstieg

mehr, weil sich die Überführung des nationalen Emissionshandelssystems in das europäische um mindestens ein weiteres Jahr auf 2028 verzögert. Dies senkt die Inflationsrate im Jahr 2027 für sich genommen gegenüber der Herbstprognose um knapp 0,1 Prozentpunkte. Alles in allem werden die Energiepreise nach einem Rückgang im laufenden Jahr von 2,3 Prozent im Jahr 2026 voraussichtlich um 2,8 Prozent sinken und im Jahr 2027 nur noch gering – jedoch stärker als noch im Herbst erwartet – um 1 Prozent zurückgehen.

Die Kernrate bleibt auf erhöhtem Niveau. Durch die bis zuletzt kräftigen Preissteigerungen haben sich die Dienstleistungen (ohne Mieten) ihrer ursprünglichen Relativpreisposition gegenüber anderen Gütern wieder angenähert, so dass der Preisauftrieb von dieser Seite her etwas nachlassen dürfte. Die Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie von 19 auf 7 Prozent Anfang des kommenden Jahres dürfte die Inflation im Jahr 2026 nur leicht um etwa 0,1 Prozentpunkte senken.⁸ Der effektive Wechselkurs des Euro ist zwar am aktuellen Rand leicht zurückgegangen, liegt jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau und dürfte die Preise für Lebensmitteln und Waren vorerst noch etwas dämpfen. Mit der höheren wirtschaftlichen Dynamik wird der Preisauftrieb im Verlauf des kommenden Jahres jedoch wieder zunehmen.

Insgesamt wird sich die Inflation weiterhin nahe 2 Prozent bewegen. Nach

⁸ Bei voller Weitergabe würde sich rein rechnerisch ein Effekt von etwa 0,4 Prozent auf die Verbraucherpreise insgesamt ergeben. Änderungen bei der Umsatzsteuer werden zwar mitunter zu größeren Teilen an die Verbraucher weitergegeben (Beck et al. 2021), allerdings hängt

die Weitergabe nicht zuletzt an der jeweiligen Ausgestaltung der Umsatzsteueränderung (Benedek et al. 2020). Wir gehen hierbei nur von einer geringen Weitergabe an die Verbraucher aus.

einem Anstieg um 2,2 Prozent im laufenden Jahr dürfte die Inflation im Jahr 2026 auf 1,9 Prozent sinken. Maßgeblich ist, dass die Kernrate mit 2,3 Prozent etwas schwächer zulegen wird als im laufenden Jahr (2,6 Prozent) und die Energiepreise ähnlich preisdämpfende Impulse aufweisen werden wie im laufenden Jahr. Im Jahr 2027 wird die Inflation voraussichtlich wieder auf 2,1 Prozent anziehen, da die Kernrate mit der Belebung der Konjunktur wieder etwas steigt (2,4 Prozent), während von der Energie nur noch geringe preisdämpfende Impulse auf die Verbraucherpreise ausgehen (-0,1 Prozent).

Arbeitsmarkt

Die Löhne und Gehälter steigen ange-sichts der gesamtwirtschaftlichen Rah-menbedingungen sehr kräftig. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) haben sich im laufenden Jahr von Quartal zu Quartal beschleunigt. Für das Gesamtjahr rechnen wir nun mit einem Zuwachs von 4,5 Prozent. Damit liegt der Anstieg nicht viel niedriger als im vergangenen Jahr (+5,2 Prozent) und deutlich höher als der Anstieg der tarifvertraglich vereinbarten Verdienste. Die Tarifverdienste steigen im laufenden Jahr voraussichtlich nur um 2,6 Prozent, nach 6,2 Prozent im vergangenen Jahr (laut Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank). Ein Unterschied in der Zuwachsrate zwischen Effektivverdiensten und Tarifverdiensten von +2 Prozentpunkten ist im langjährigen Vergleich außergewöhnlich groß. Ähnlich hohe Werte wurden bislang nur beobachtet, wenn die Kurzarbeit nach einem starken Anstieg wieder abgebaut

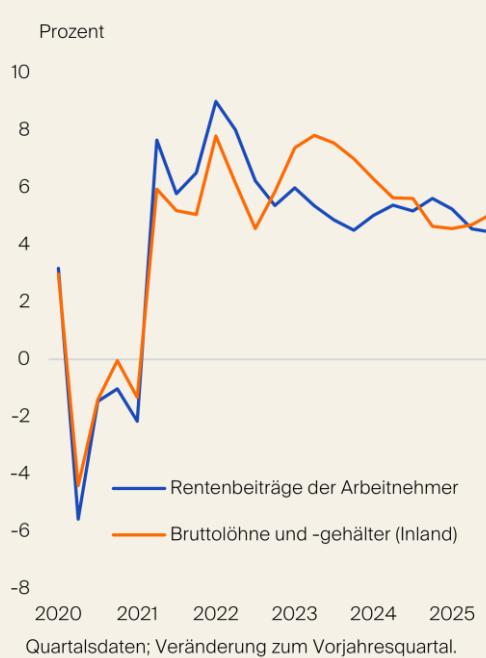
wurde (nach der Großen Rezession und nach der Pandemie), und im Zuge des Aufholprozesses der Löhne nach dem Inflationsschub. Beides spielt momentan keine Rolle mehr. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist weiterhin schwach, und die Arbeitslosigkeit nimmt seit über drei Jahren zu.

Ein Grund für die hohen Lohnanstiege könnten hohe Abfindungszahlungen sein. Vor allem die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes befinden sich in einem tiefgreifenden Restrukturierungsprozess mit teils umfangreichen Stellenabbauplänen. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 sind im Verarbeitenden Gewerbe mehr Stellen weggefallen als im gesamten Jahr 2024. In großen Unternehmen wird mit Betriebsräten in der Regel ein sog. sozialverträglicher Stellenabbau vereinbart, um auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Neben Frühverrentungsmodellen und dem Nicht-Nachbesetzen freiwerdender Stellen kommen auch Abfindungszahlungen zum Einsatz. Auch wenn hierzu repräsentative Daten fehlen, deuten Medienberichte darauf hin, dass die angebotenen Abfindungen teils sehr hoch ausfallen. Laut Berechnungen des Handelsblatts auf Basis von Unternehmensbilanzen haben in den ersten drei Quartalen dieses Jahres allein die Dax-Unternehmen rund 6 Mrd. Euro für Restrukturierungen (vorwiegend Abfindungen und Vorruestands-

regelungen) aufgewendet.⁹ Dies entspricht 0,4 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttolohnsumme der ersten drei Quartale dieses Jahres. Abfindungen könnten auch eine Auffälligkeit im Vergleich zwischen der Entwicklung der Bruttolohnsumme und der Beitragseinnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung erklären. In den Jahren 2023 und 2024 stieg die Lohnsumme spürbar stärker als die Beitragseinnahmen (Abbildung 6). Wesentlicher Treiber für die Diskrepanz dürften Zahlungen der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien gewesen sein. Das Auslaufen der Abgabenfreiheit Ende 2024 führt im laufenden Jahr für sich genommen für eine Gegenbewegung, d.h. für eine schwächere Entwicklung der Lohnsumme im Vergleich zu den Beitragseinnahmen. Diese Gegenbewegung hat bislang kaum stattgefunden. Da Abfindungszahlungen ebenfalls nicht beitragspflichtig sind, könnten sie diese Auffälligkeit erklären.

Die Lohndynamik dürfte im Prognosezeitraum geringer ausfallen als im laufenden Jahr. Aufgrund der hohen Reallohnzuwächse sowie der schwachen Produktivitätsentwicklung haben die realen Lohnstückkosten nun ein Niveau erreicht, das etwas oberhalb des langjährigen Durchschnitts liegt. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Reallohnentwicklung im Prognosezeitraum wieder stärker mit der Arbeitsproduktivität in Einklang stehen wird. Obwohl sich die Arbeitsproduktivität im Zuge der wirtschaftlichen Belebung etwas beschleunigt, bedeutet dies

Abbildung 6:
Beitragseinnahmen und Bruttolöhne und -gehälter



Quartalsdaten; Veränderung zum Vorjahresquartal.

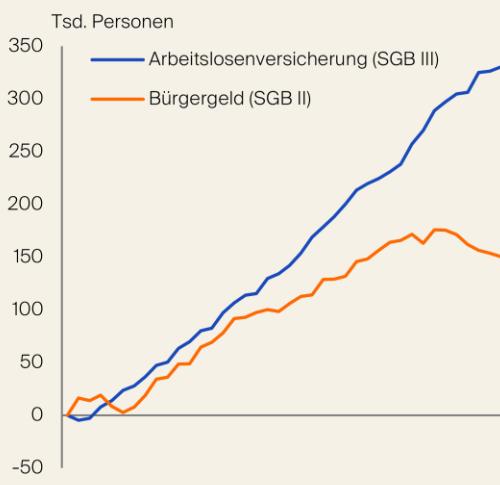
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und interne Unterlagen; Berechnungen des Kiel Instituts.

niedrigere Lohnzuwächse. Wir rechnen mit Anstiegen der Effektivverdienste je Arbeitnehmer von 3,9 Prozent (2026) und 3,7 Prozent (2027). Die Zuwachsrate bleiben somit höher als die der Tarifverdienste, der Unterschied schrumpft aber deutlich im Vergleich zum laufenden Jahr. Die Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Lohnentwicklung bleibt allerdings recht hoch. Auch wenn hohe Abfindungszahlungen eine plausible Erklärung für die unerwartet hohen Lohnansteige im laufenden Jahr sind und Medienberichte diese These stützen, fehlen systematische Daten, um ihre Bedeutung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene genauer abzuschätzen und daraus eine Prognose ableiten zu können, wie lange Abfindungszahlungen noch eine Rolle spielen.

⁹ Handelsblatt: In welche Branchen Dax-Konzerne Mitarbeiter entlassen. Erstpublikation: 26. November 2025.

Die Arbeitslosigkeit stieg zuletzt langsamer, die Erwerbstätigkeit war rückläufig. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zwischen Mai und Oktober (jüngster Wert) saisonbereinigt um insgesamt 79 000 Personen gesunken. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg zwischen Mai und November (jüngster Wert) um 47 000 Personen auf 2,97 Mill. Personen (Quote: 6,3 Prozent). Dabei schwächte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit zuletzt etwas ab. Dies dürfte allerdings noch nicht Ausdruck einer anziehenden Arbeitsnachfrage der Unternehmen sein. Denn die Zahl der Arbeitslosen entwickelte sich bislang nur im Rechtskreis SGB II (Bürgergeld) günstiger. Hier ging die Arbeitslosigkeit in jüngerer Zeit sogar leicht zurück (Abbildung 7). Die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversicherung) stieg hingegen weiter. Ein wirtschaftlicher Aufschwung mit steigender Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zeigt sich

Abbildung 7:
Arbeitslose nach Rechtskreisen



Monatsdaten: saisonbereinigt; kumulierte Veränderung seit August 2022.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Saisonbereinigte Zeitreihen, Berechnungen des Kiel Instituts.

typischerweise zunächst in der Arbeitslosenversicherung. Diese Personen sind in der Regel noch nicht lange arbeitslos, näher am Arbeitsmarkt und dürften daher zuerst bei einer steigenden Arbeitsnachfrage eine neue Stelle finden. Arbeitslose im Bürgergeld sind hingegen bereits länger arbeitslos und weiter weg vom Arbeitsmarkt. Dass die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich zuletzt rückläufig war, dürfte eher strukturelle (nicht konjunkturelle) Ursachen haben. So ging insbesondere die Zahl der Arbeitslosen mit syrischer Staatsangehörigkeit zurück.

Die Arbeitslosigkeit dürfte im Zuge der anziehenden wirtschaftlichen Aktivität und begünstigt durch das alterungsbedingte Schrumpfen des Erwerbspersonenpotenzials wieder abnehmen. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt haben sich in den vergangenen Monaten auf niedrigem Niveau kaum verändert. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für die kommenden Monate noch keine großen Veränderungen am Arbeitsmarkt. Aufgrund der von uns erwarteten Belebung der wirtschaftlichen Aktivität und der damit einhergehenden anziehenden Arbeitsnachfrage der Unternehmen dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des kommenden Jahres zu sinken beginnen und die Erwerbstätigkeit zulegen. Angesichts der Tatsache, dass alterungsbedingt das Arbeitskräftepotential zu schrumpfen beginnt, fällt der Rückgang der Arbeitslosigkeit stärker aus als der Anstieg der Erwerbstätigkeit. Alles in allem erwarten wir, dass die Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent (2025) auf 6,2 Prozent (2026) und 5,9 Prozent (2027) zurückgeht.

Öffentliche Finanzen

Im Jahr 2025 legen die Staatseinnahmen stärker zu als die Ausgaben. Haupttreiber sind höhere Beitragssätze in den Sozialversicherungen sowie der Wegfall der Inflationsausgleichsprämie. Zudem legten die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer im ersten Halbjahr kräftig zu. Insgesamt steigen Steuern und Beiträge spürbar schneller als im Vorjahr, während die sonstigen Einnahmen an Dynamik verlieren – bedingt durch hohe Vorjahresanstiege bei der Lkw-Maut und gesunkene Kurzfristzinsen. Ein einmalig überhöhtes Erbschaftsteueraufkommen wirkt dem jedoch entgegen. Insgesamt erhöhen sich die Staatseinnahmen wohl um 5,9 Prozent. Gemessen an der Wirtschaftsleistung erreichen die Beitragseinnahmen mit 18,4 Prozent voraussichtlich den höchsten Stand seit 1999. Die Einnahmen des Staates insgesamt klettern auf 48 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung.

Die Staatsausgaben expandieren im Jahr 2025 kaum verlangsamt. Die bereits im Vorjahr stark ausgeweiteten Vorleistungskäufe verlieren leicht an Tempo. Ähnliches gilt für die Bruttoinvestitionen, die im Vorjahr auch durch Anschaffungen der Bahn hochgetrieben worden waren. Zudem dämpft die angespannte Finanzlage der Kommunen. Gleichwohl stützen zusätzliche Bundesmittel auch aus dem seit dem Jahr 2022 bestehenden Sondervermögen Bundeswehr die Investitionstätigkeit. Die sozialen Sachleistungen steigen deutlich, wenn auch weniger stark als im Jahr 2024. Die Sozialversicherungen bleiben von hoher Ausgabendynamik geprägt.

Die Arbeitnehmerentgelte des Staates gewinnen bedingt durch Personalaufbau deutlich an Fahrt. Die Vermögenstransfers sinken, da das Vorjahr durch einen Sonderfall (Rückzahlung von Steuern auf Kapitalerträgen ans Ausland in Folge eines Gerichtsurteils) überhöht war. Insgesamt steigen die Ausgaben um gut 5 Prozent und erreichen rund 50 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung. Das Defizit sinkt infolge des kräftigen Einnahmeanstiegs auf etwa 2,4 Prozent relativ zum Bruttoinlandsprodukt nach 2,7 Prozent im Jahr 2024.

Im Jahr 2026 verlieren die Einnahmen an Dynamik. Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten dämpfen die Unternehmenssteuern, die trotz steigender Gewinne kaum zunehmen. Die Umsatzsteuer wird durch den reduzierten Gastronomiesatz gebremst. Die Einführung der Aktivrente, schwächere Lohnzuwächse und die höhere Entfernungspauschale dämpfen die Lohnsteuer. Insgesamt wachsen die Steuereinnahmen nur um rund 3 Prozent und damit langsamer als das nominale Bruttoinlandsprodukt. Das Plus der Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen schwächt sich ebenfalls ab; sie steigen aber aufgrund höherer Beitragssätze relativ zu Löhnen und Wirtschaftsleistung weiter. Auch die sonstigen Einnahmen legen langsamer zu, unter anderem weil das außergewöhnlich hohe Erbschaftsteueraufkommen des Vorjahrs kaum übertroffen werden dürfte und Zahlungen aus dem NextGenerationEU-Programm entfallen. Insgesamt dürften die Einnahmen um 3,5 Prozent steigen.

Die Ausgaben beschleunigen sich im Jahr 2026 deutlich. Investitionen und

Vorleistungskäufe erhalten erstmals spürbare Impulse aus dem neuen Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie erneut aus steigenden Verteidigungsausgaben. Die Subventionen nehmen merklich zu, insbesondere durch die teilweise Übernahme der Netzentgelte durch den Klima- und Transformationsfonds. Die Sondervermögen treiben auch die Vermögensübertragungen nach oben, etwa im Zuge privat getragener Infrastrukturprojekte zum Beispiel in den Bereichen Energie und Digitalisierung. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen und Arbeitnehmerentgelte verlieren zwar etwas an Tempo, wachsen aber weiter überdurchschnittlich; das Gleiche gilt für die monetären Sozialleistungen. Ferner legen die Beiträge zum EU-Haushalt planmäßig stark zu. Insgesamt steigen die Ausgaben um 5,9 Prozent, wodurch das Defizit auf 3,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigt.

Im Jahr 2027 weitet sich das Defizit nochmals aus. Zusätzliche Investitionen, finanziert durch das neue Sondervermögen, werden in zunehmendem Maße umgesetzt, und die Verteidigungsausgaben werden weiter zulegen. Dem entgegen wirken Konsolidierungsmaßnahmen im Kernhaushalt des Bundes. Die Ausgaben steigen weiterhin deutlich schneller als die Wirtschaftsleistung, während das Tempo der Einnahmen davon nur leicht abweicht. Der Fehlbetrag in den öffentlichen Haushalten dürfte auf rund 4,0 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt anschwellen.

Das konjunkturbereinigte Primärdefizit erreicht ein historisch hohes Niveau. Abgesehen von den Sonderepisoden

durch die Übernahme der Schulden der Treuhand und der COVID-19-Krise verzeichnet Deutschland im Prognosezeitraum die höchsten konjunkturbereinigten Primärdefizite seit der Wiedervereinigung. Trotz des weiter merklichen Anstiegs des nominalen Bruttoinlandsprodukts, die den Schuldendienst relativ entlastet, steigt die Bruttoschuldenquote auf gut 65 Prozent zum Ende des Jahres 2027.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Außenwirtschaftlich droht weiteres Störfeuer von Handelskonflikten. Auch wenn sich das von der US-Handelspolitik ab dem Frühjahr losgetretene Zollgewitter zunächst beruhigt hat, ist damit das Risiko erneuter Konflikte nicht gebannt. So enthalten die im transatlantischen Verhältnis getroffenen Vereinbarungen Zusagen über Investitionen und Energierohstoffkäufe, die sich der Kontrolle der politischen Instanzen entziehen. Ferner macht die insgesamt gestiegene Bereitschaft, Handelsströme für geopolitische Ziele zu instrumentalisieren, neue Spannungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen wahrscheinlicher. Dies könnte für die deutsche Außenwirtschaft zusätzlichen Gegenwind bedeuten, der die wirtschaftliche Aktivität hierzulande noch stärker belastet.

Der massive Strukturwandel geht mit deutlich erhöhten Prognoserisiken einher. Die für den Konjunkturverlauf relevanten Expansionsspielräume ergeben sich aus der Differenz zwischen potentieller und tatsächlicher Wirtschaftsleistung. Die Schätzungen zum Produktionspotenzial sind derzeit mit

besonderer Unsicherheit behaftet, weil in Zeiten eines beschleunigten Strukturwandels – ablesbar u.a. an den Verschiebungen in der Beschäftigung – weniger klar ist, in welchem Umfang die bestehenden Produktionsstrukturen weiterhin marktfähig sind und welche Umschichtungen noch ausstehen. Bei der hier zugrundeliegenden Schätzung des Potenzialpfades ist die Produktionslücke im Jahr 2027 noch nicht geschlossen. Da diese Schätzung sich auch auf die in Umfragen ermittelte Kapazitätsauslastung stützt, könnte sie in Zeiten eines scharfen Strukturwandels das Potenzial allerdings überschätzen (Boysen-Hogrefe et al. 2025). Je größer die strukturell bedingten Potenzialverluste, desto geringer sind insgesamt die Expansionsspielräume und desto stärker wirken expansive finanzpolitische Maßnahmen preistreibend. Der Strukturwandel beeinflusst auch die Lohndynamik. So dürften sich in den in diesem Jahr verzeichneten kräftigen Effektivlohnanstiegen auch vermehrt Abfindungszahlungen niederschlagen, die die Lohndrift erhöhen. Ein dadurch bedingtes stärkeres Anziehen der Löhne ist dann arbeitsmarktseitig kein Expansions-, sondern ein weiteres Krisensignal. Zudem dürften diese Zahlungen tendenziell die Sparquote erhöhen, weil sie gegenüber regulären Lohnzahlungen nur zu einem geringen Teil unmittelbar konsumwirksam werden. Unklar ist jedoch, wie groß der Einfluss von Abfindungszahlungen derzeit ist und wie lange die Phase vermehrter Abfindungsprogramme andauern wird. Damit ist die Prognose der Lohndrift und

der davon abhängigen Größen derzeit besonders unsicher.

Konsumtiv eingesetzte Budgetdefizite schwächen die Attraktivität des Standorts. Defizitfinanzierte Staatsausgaben, die das Produktionspotenzial nicht erhöhen, verstärken den künftigen Konsolidierungsbedarf im Staatshaushalt. Entweder müssen hierzu in der Zukunft Steuern erhöht werden oder es entfallen – bei unveränderten Anreizen – erfahrungsgemäß investive Ausgaben, die sonst hätten erfolgen können. In beiden Fällen sinkt die Attraktivität des Standortes für private Investitionen, die typischerweise einen Teil der Konsolidierungslasten tragen müssen. Damit steigen mit kreditfinanzierten öffentlichen Konsumausgaben die gegenläufigen Kräfte seitens der privaten Investitionstätigkeit. Dies gilt umso mehr, wenn staatliche Defizit- und Konsumausweitungen nicht an standortstärkende Strukturreformen geknüpft sind. Dieser Nexus fehlte sowohl im Frühjahr, als mit der Reform der Finanzverfassung die staatlichen Kreditfinanzierungsspielräume erheblich ausgeweitet wurden, als auch im Herbst, als vor einer Reform zur Stabilisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung deren Leistungen erheblich ausgeweitet wurden.¹⁰ Politökonomisch ist nicht zu erwarten, dass eine solche Entscheidungssequenz der Durchsetzung notwendiger, kurzfristig aber unpopulärer Strukturreformen förderlich ist. Auch über diesen Zusammenhang leidet die Standortqualität gegenüber den sonst möglichen Reformfortschritten. Zudem kann die

¹⁰ Lediglich die Aufhebung des Befristungsverbots für die Weiterbeschäftigung über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus kann im

Rahmen des jüngst beschlossenen Rentenpakets als potenzialstärkender Reformschritt gelten.

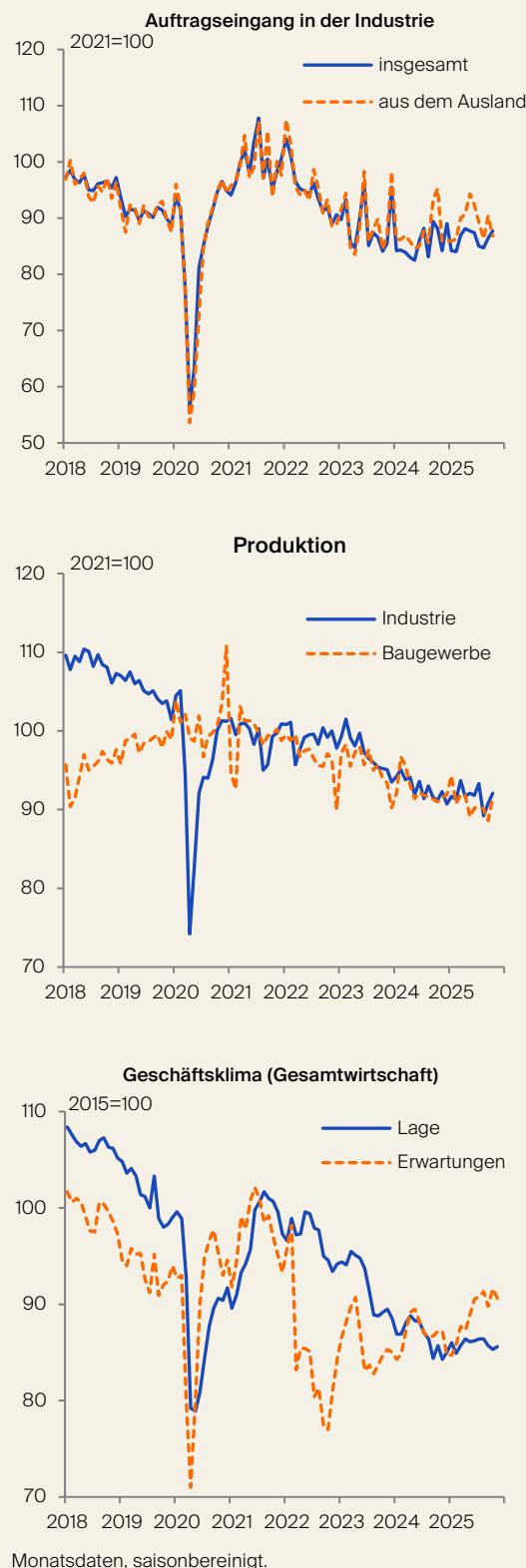
unterlassene Konsolidierung bereits im Jahr 2027 die Aufstellung verfassungskonformer öffentlicher Haushalte herausfordernd machen. Dies könnte Einschnitte erfordern, die den in dieser Prognose unterstellten Fiskalimpuls merklich schmälern.

Datenanhang

Datenanhang	22
1 Konjunkturindikatoren	23
2 Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung	24
3 Außenwirtschaft	26
4 Inländische Verwendung	28
5 Wirtschaftsbereiche	31
6 Löhne	32
7 Beschäftigung	33
8 Öffentliche Finanzen	35
9 Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit	37
10 Jahresdaten zur Wirtschaftlichen Entwicklung	38
11 Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	39
12 Hauptaggregate der Sektoren	42
Literatur	45
Impressum	47

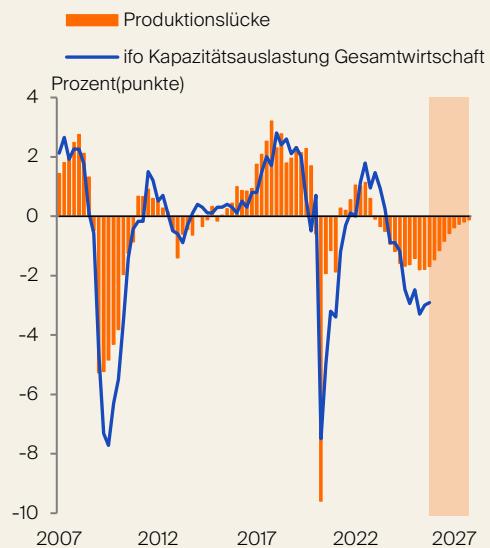
1 Konjunkturindikatoren

Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren



Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des Kiel Instituts.

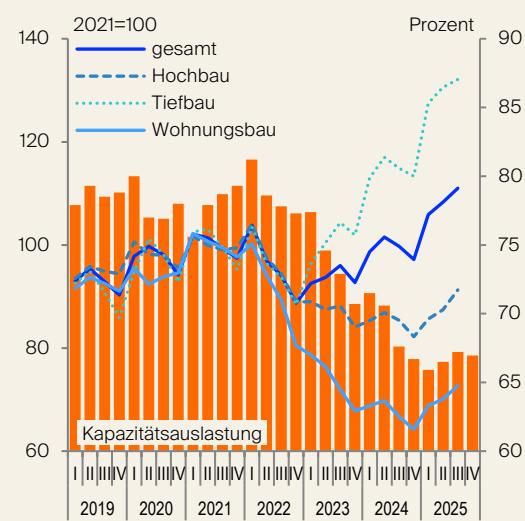
Abbildung 1.2:
Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten: Prozentuale Abweichung des Bruttoinlandsproduktes vom Produktionspotenzial, Abweichung der ifo gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung vom Mittelwert in Prozentpunkten (2005 bis 2019).

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut – Leipniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Prognose des Kiel Instituts.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe

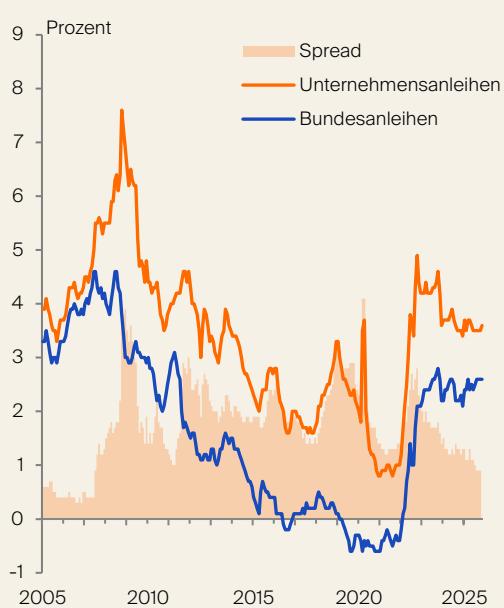


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Datenbank; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des Kiel Instituts.

2 Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Berechnungen des Kiel Instituts.

Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; Effektivzinssätze, Neugeschäft, Kredite insgesamt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

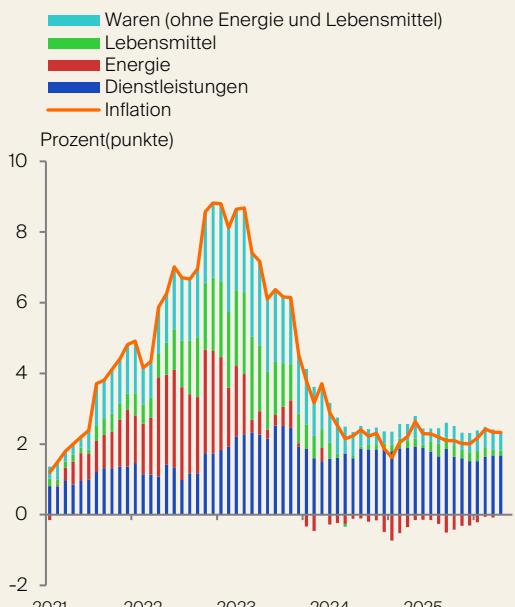
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des Kiel Instituts.

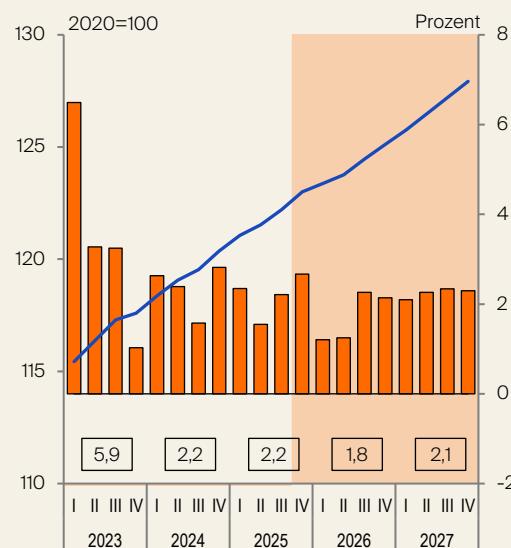
Abbildung 2.4:
Beiträge zur Inflation



Monatsdaten. Beiträge zur Vorjahresrate der Verbraucherpreise.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Kiel Instituts.

Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung: Jahresrate gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur

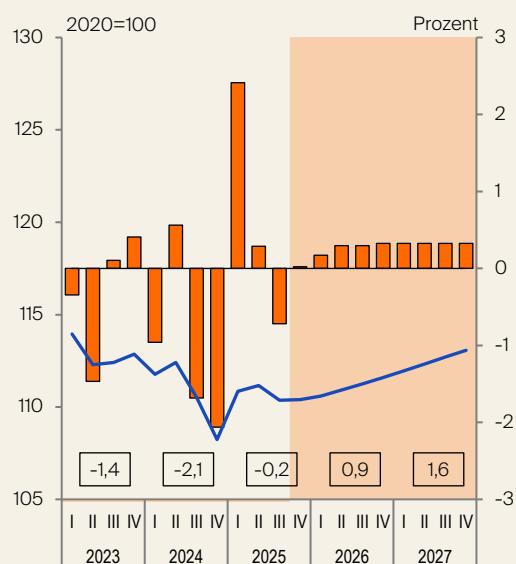
	2025				2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	2,50	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Langfristige Zinsen	2,5	2,5	2,6	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
US-Dollar/Euro	1,05	1,13	1,17	1,16	1,16	1,16	1,16	1,16	1,16	1,16	1,16	1,16
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	91,0	93,0	93,8	93,7	93,4	93,1	92,9	92,6	92,6	92,7	92,8	92,9
Exportmärkte	0,4	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Rohölpreis	74,8	66,9	67,7	64,1	63,4	63,3	63,3	63,2	63,3	63,5	63,7	64,0
Gaspreis	46,8	35,6	31,8	31,4	31,5	29,9	29,9	30,8	31,1	27,4	27,2	28,2
Strompreis	116,1	73,4	71,7	94,0	89,3	89,3	89,3	86,0	86,0	86,0	86,0	86,0

Leitzins der EZB: Zinssatz der Einlagefazilität (Quartalsende); langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger börsennotierter Bundesanleihen (Quartalsdurchschnitt); Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der Preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent. Gaspreis: Euro je MWh (TTF). Strompreis: Euro je MWh (Phelix, Baseload).

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA, LSEG Datatstream, EEX, ENDEX; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

3 Außenwirtschaft

Abbildung 3.1:
Exporte

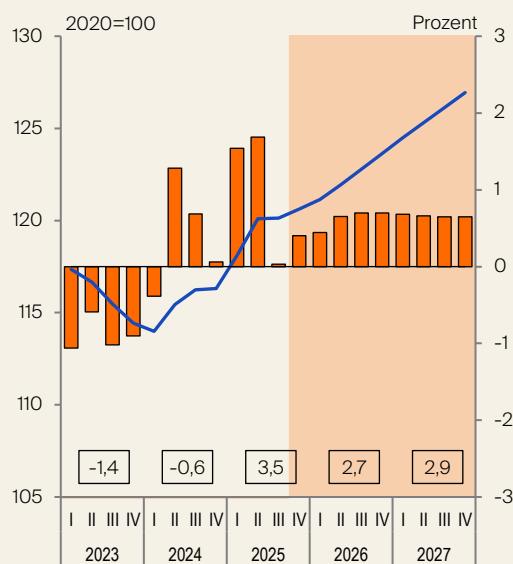


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vor-jahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Abbildung 3.2:
Importe

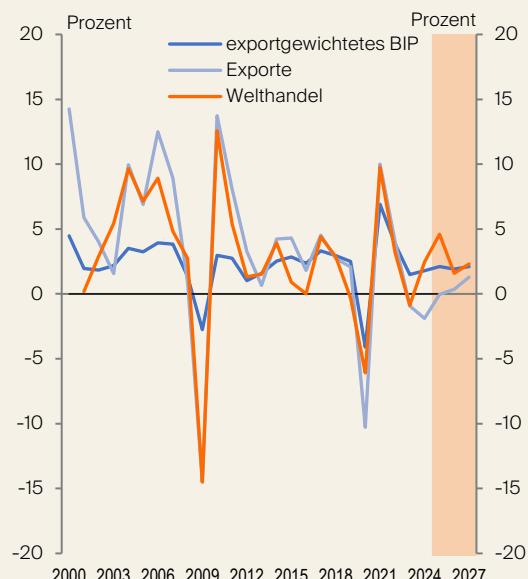


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vor-jahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

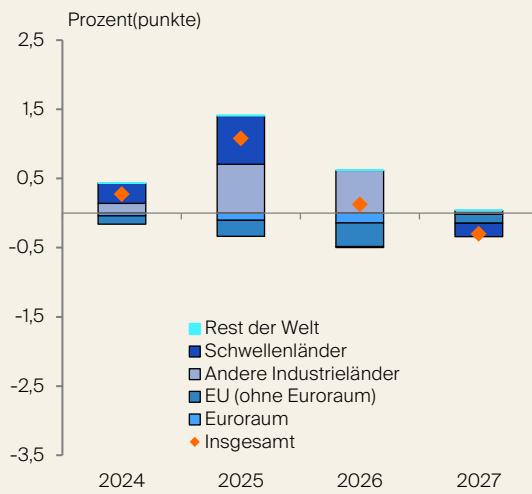
Abbildung 3.3:
Exportgewichtetes BIP, Welt-BIP und Welthandel



Jahresdaten; preis- und kalenderbereinigt;
Veränderungsrate; Welthandel: Waren.

Quelle: CPB, DeStatist; internationale Statistikämter; schattiert:
Prognose des Kiel Instituts.

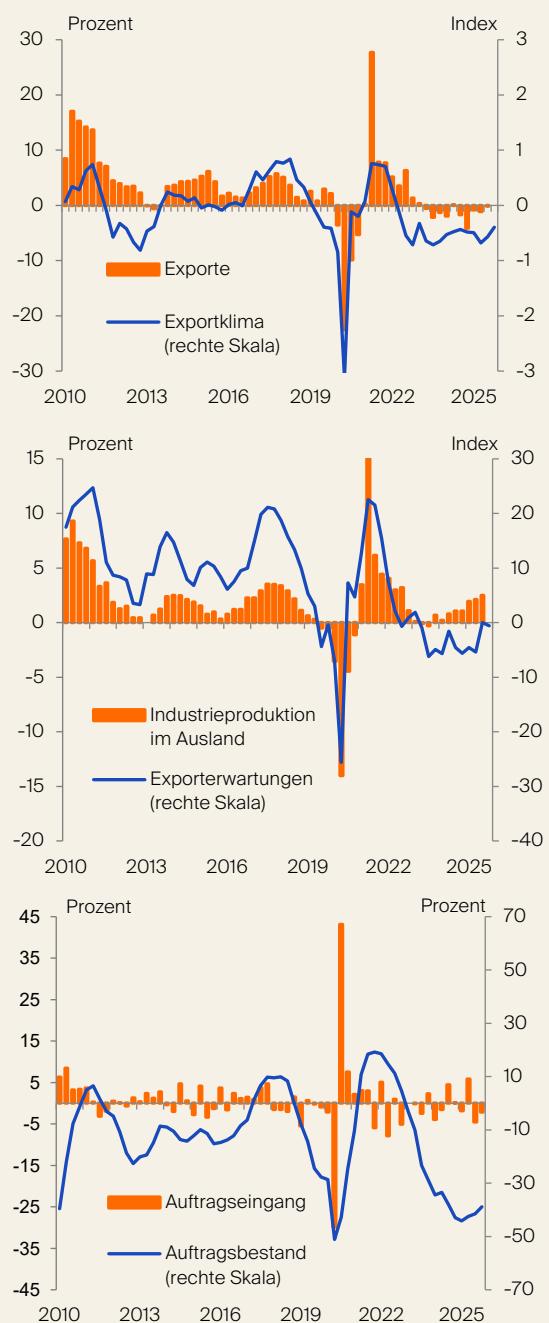
Abbildung 3.4:
Preislische Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise und Wechselkurse gegenüber 57 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preislische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 60 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislischen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 11.2023; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des Kiel Instituts.

Abbildung 3.5:
Exportindikatoren

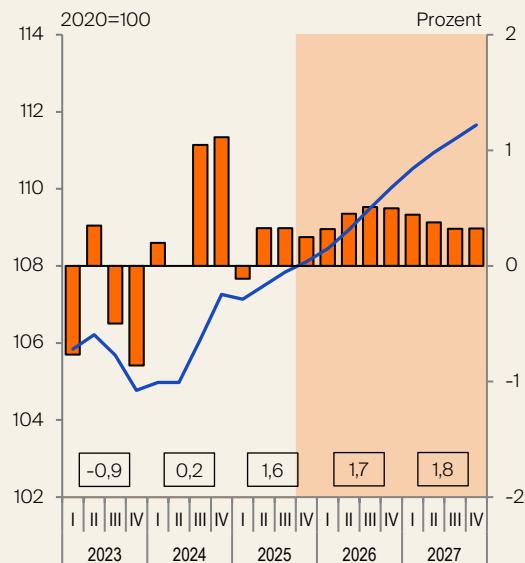


Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen: Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; CPB, World Trade Monitor; LSEG Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des Kiel Instituts.

4 Inländische Verwendung

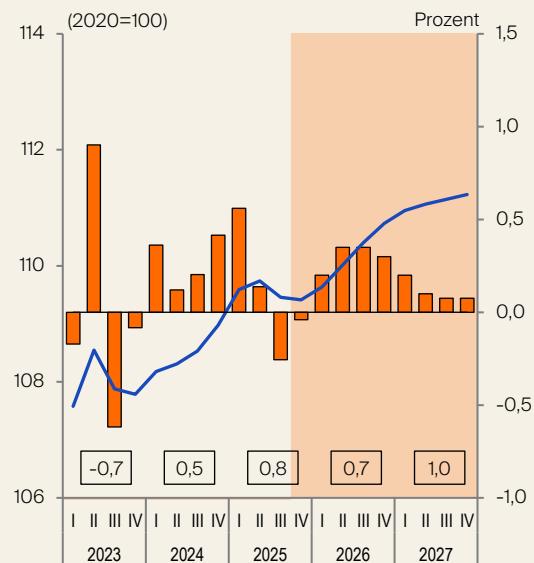
Abbildung 4.1:
Letzte inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

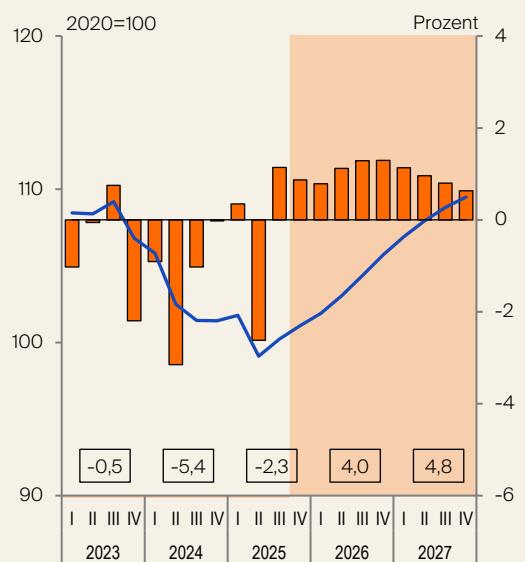
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

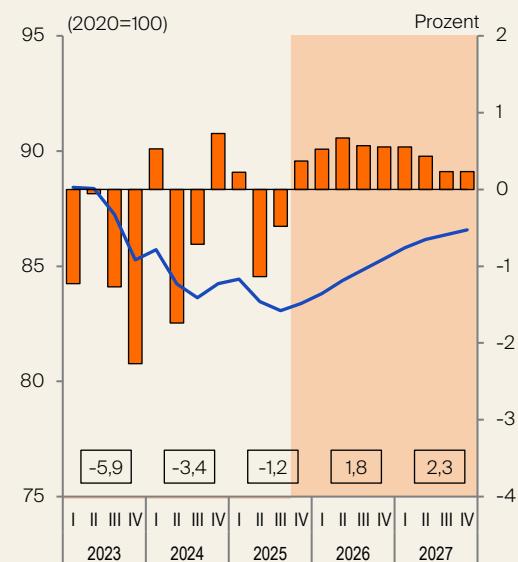
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

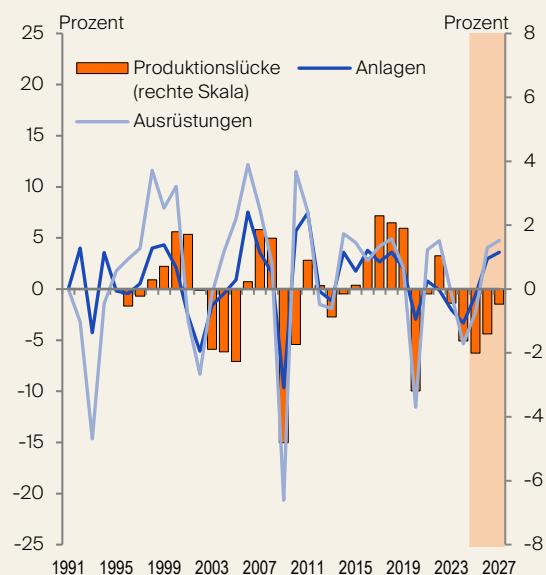
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

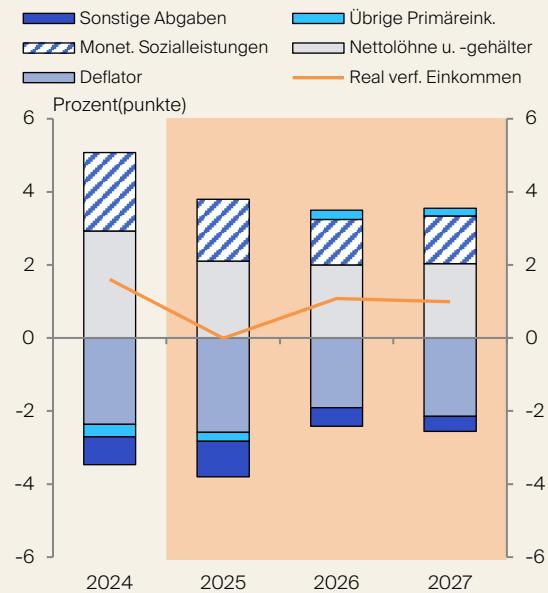
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

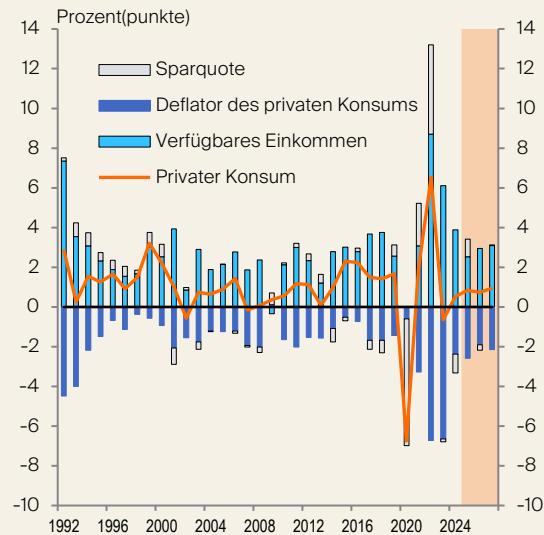
Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

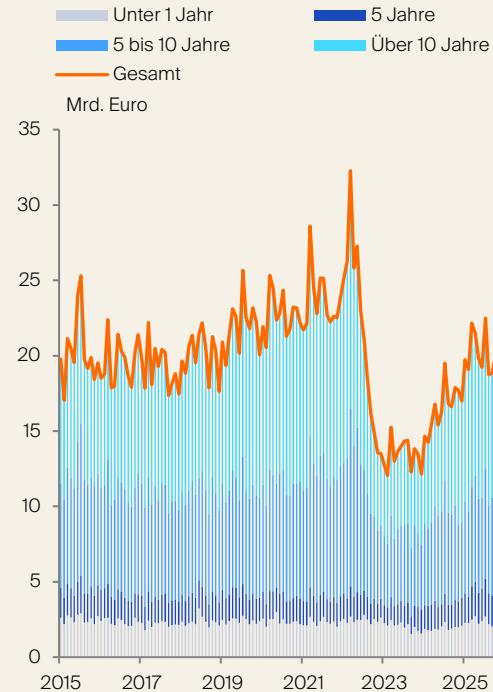
Abbildung 4.6:
Zerlegung der Zuwachsrate des privaten Konsums



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

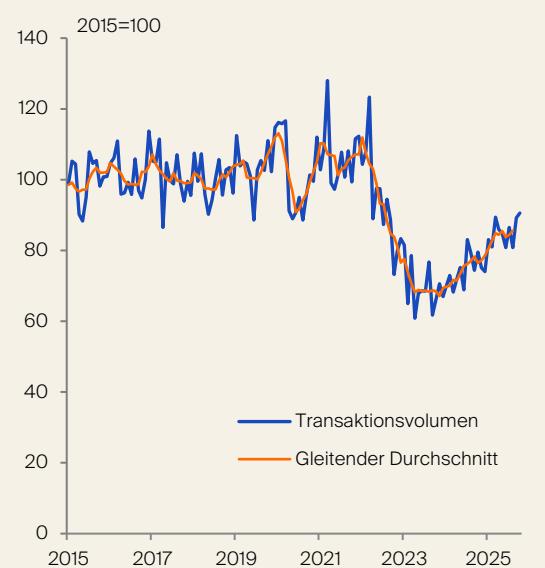
Abbildung 4.8:
Neugeschäftsvolumina Wohnungsbaulkredite



Monatsdaten, bei Neugeschäften, verschiedene Laufzeiten, in Milliarden Euro.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*.

Abbildung 4.9:
Transaktionsvolumen von Immobilien



Monatsdaten, Transaktionsvolumen von Immobilien, preisbereinigt, auf Basis der Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer der Länder.

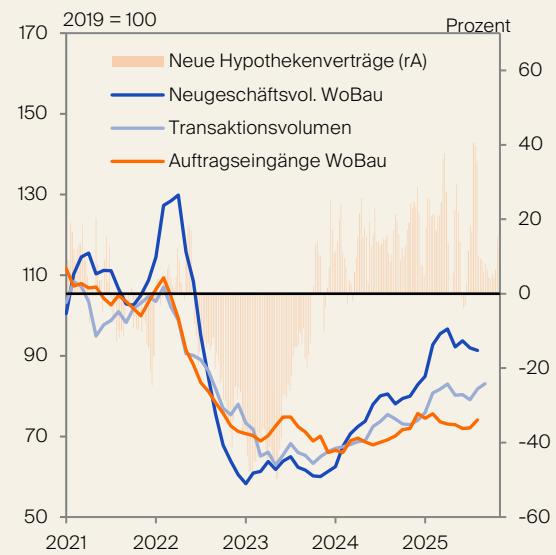
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, vdp Immobilienpreisindizes, Berechnungen des IfW Kiel.

Tabelle 3:
Bruttoanlageinvestitionen

	2024	2025	2026	2027
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,6	3,0	3,6
Unternehmensinvestitionen	-4,2	-0,4	2,9	3,5
Ausrüstungen	-5,4	-2,3	4,0	4,8
Wirtschaftsbau	-5,0	0,9	0,6	1,7
Sonstige Anlagen	0,2	3,8	4,3	5,2
Wohnungsbau	-5,4	-2,5	1,6	2,3
Öffentlicher Bau	7,4	0,4	4,1	2,9
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	-3,4	-1,2	1,8	2,3

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Abbildung 4.10:
Wohnbauindikatorik



Wochendaten, Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Fallzahl der Hypothekenverträge von privaten Haushalten; Monatsdaten, gleitender Durchschnitt, Neugeschäfts volumina für Wohnungsbaukredite, Transaktionsvolumen von Immobilien, preisbereinigt, auf Basis der Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer der Länder, Auftragseingäge im Wohnbau.

Quelle: SCHUFA Holding AG, Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, vdp Immobilienpreisindizes, Berechnungen des Kiel Instituts.

5 Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2025				2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent												
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,5	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	1,3	-0,2	-0,7	0,2	0,1	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	1,7	-0,3	-0,9	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-0,2	0,3	0,4	1,5	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Baugewerbe	1,2	-2,3	-0,6	0,2	0,2	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,5	-0,6	0,7	-0,1	0,2	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,1	0,1
Information und Kommunikation	0,8	0,3	0,8	0,8	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,7	-1,5	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister	-0,3	0,4	-0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Dienstleister	0,3	0,7	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister	-0,7	0,1	0,0	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; schattiert: Prognosen des Kiel Instituts.

6 Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Tabelle 4:
Löhne und Produktivität

	2023	2024	2025	2026	2027
Stundenkonzept					
Tariflöhne	4,0	6,2	2,6	3,3	3,5
Effektivlöhne	6,6	5,3	4,6	3,3	3,1
Lohndrift	2,5	-0,9	2,0	0,0	-0,3
Lohnkosten	6,3	5,2	5,0	3,3	3,3
Arbeitsproduktivität	-1,2	-0,3	0,4	0,5	0,7
Lohnstückkosten	7,6	5,6	4,7	2,8	2,6
Lohnstückkosten (real)	0,8	2,4	1,7	0,2	-0,1
Personenkonzept					
Tariflöhne	4,0	6,2	2,6	3,3	3,5
Effektivlöhne	6,5	5,2	4,5	3,9	3,7
Lohndrift	2,4	-1,0	2,0	0,6	0,2
Lohnkosten	6,2	5,1	5,0	3,9	3,8
Arbeitsproduktivität	-1,5	-0,6	0,2	0,9	1,0
Lohnstückkosten	7,8	5,8	4,8	2,9	2,7
Lohnstückkosten (real)	1,1	2,6	1,8	0,3	0,1

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen der Veränderung der Tariflöhne und der der Effektivlöhne in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

7 Beschäftigung

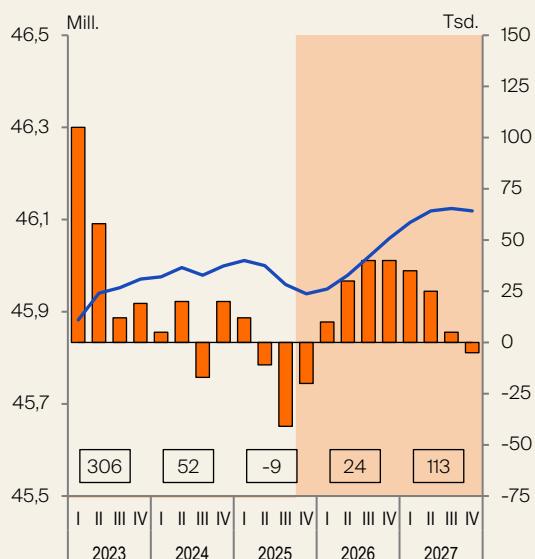
Tabelle 7.1:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2023	2024	2025	2026	2027
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	61.496	61.364	61.226	61.537	61.894
Erwerbstätige (Inland)	45.935	45.987	45.977	46.002	46.114
Selbstständige	3.787	3.704	3.665	3.646	3.626
Arbeitnehmer (Inland)	42.148	42.283	42.312	42.356	42.489
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34.790	34.934	34.969	35.057	35.210
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.198	4.180	4.122	4.079	4.059
Pendlersaldo	153	157	156	155	155
Erwerbstätige (Inländer)	45.782	45.830	45.821	45.847	45.960
Arbeitnehmer (Inländer)	41.995	42.126	42.156	42.202	42.334
Registrierte Arbeitslose	2.609	2.787	2.948	2.933	2.778
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	6,0	6,3	6,2	5,9
Erwerbslosenquote (Prozent)	2,8	3,1	3,5	3,6	3,3

Selbstständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, *Makroökonomische Zeitreihen*; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Abbildung 7.1:
Erwerbstätige

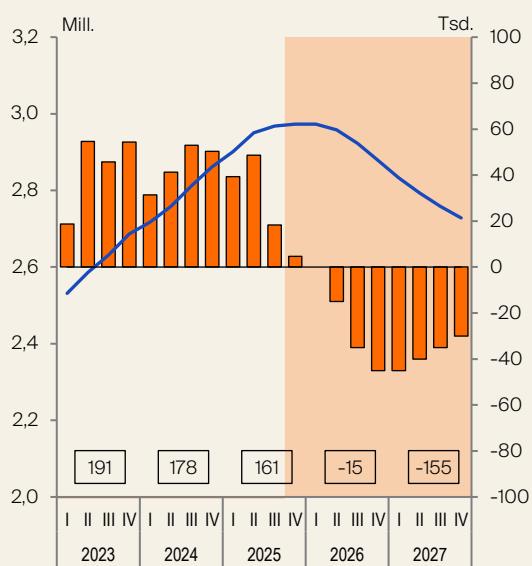


Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose

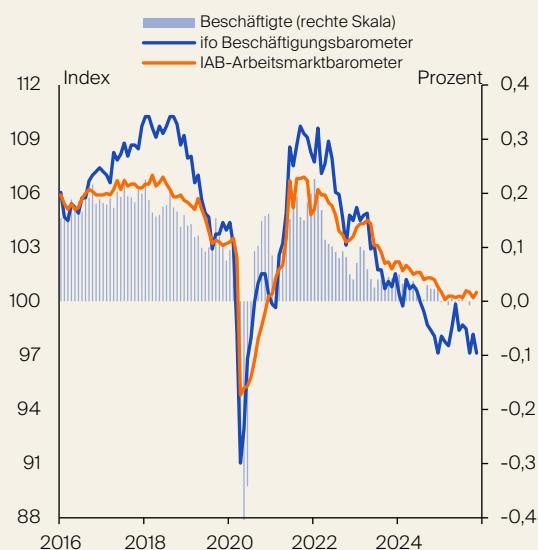


Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Makroökonomische Zeitreihen*; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Abbildung 7.3:
Arbeitsmarktindikatoren



Monatsdaten; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Veränderung zum Vormonat (Dreimonatsschnitt), saisonbereinigt. ifo Beschäftigungsbarometer: umbasiert auf 2015=105. IAB-Arbeitsmarktbarometer, Komponente B (Beschäftigung): 90=sehr schlechter Ausblick, 110=sehr guter Ausblick.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen*; ifo Institut; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des Kiel Instituts.

8 Öffentliche Finanzen

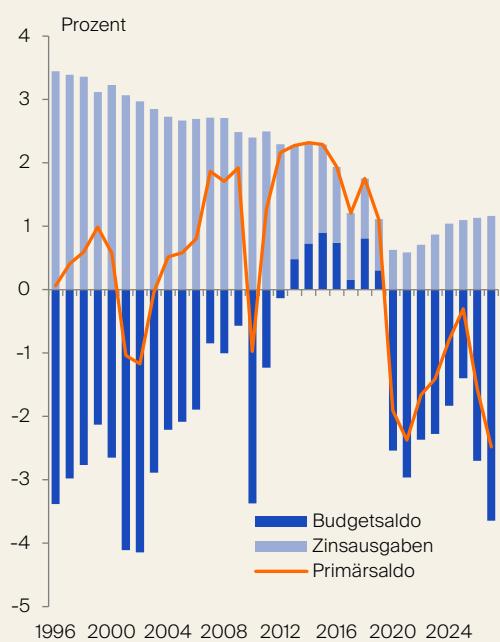
Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2023	2024	2025	2026	2027
Einnahmen	1.926,2	2.024,4	2.142,9	2.218,0	2.306,2
→relativ zum BIP	45,7	46,8	48,0	48,0	48,0
Steuern	962,0	996,6	1.037,6	1.068,0	1.105,0
→relativ zum BIP	22,8	23,0	23,3	23,1	23,0
Sozialbeiträge	710,8	756,6	821,4	860,6	903,2
→relativ zum BIP	16,8	17,5	18,4	18,6	18,8
Sonstige Einnahmen	253,3	271,3	283,8	289,4	298,1
→relativ zum BIP	6,0	6,3	6,4	6,3	6,2
Ausgaben	2.031,4	2.139,7	2.248,5	2.380,3	2.499,8
→relativ zum BIP	48,1	49,4	50,4	51,5	52,0
Arbeitnehmerentgelt	340,5	357,3	386,0	403,0	422,6
Vorleistungen	265,8	280,4	288,2	308,7	330,1
Soziale Sachleistungen	358,0	386,6	413,6	432,2	448,6
Bruttoinvestitionen	120,1	131,3	138,9	153,0	170,5
Geleistete Vermögenseinkommen	36,8	45,8	49,9	53,1	56,3
Monetäre Sozialleistungen	660,7	709,5	749,4	779,3	811,7
Subventionen	82,8	54,2	54,8	60,2	62,4
Sonstige laufende Übertragungen	92,3	90,2	93,1	104,1	107,1
Vermögensübertragungen	74,5	84,0	74,7	86,9	90,5
Sonstige Ausgaben	-0,5	0,1	-0,5	-0,5	-0,5
Finanzierungssaldo	-105,2	-115,3	-105,7	-162,2	-193,6
→relativ zum BIP	-2,5	-2,7	-2,4	-3,5	-4,0
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1253,1	1305,5	1359,4	1398,1	1455,4
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.247,8	1.300,6	1.357,4	1.394,9	1.450,7
Transfers der Sozialversicherung	5,3	4,9	2,0	3,2	4,7
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.367,1	1.409,0	1.462,0	1.555,4	1.636,7
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	1.217,6	1.267,2	1.313,8	1.402,1	1.479,5
Transfers an die Sozialversicherung	149,5	141,8	148,1	153,3	157,1
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-114,0	-103,5	-102,6	-157,3	-181,3
Einnahmen der Sozialversicherung	827,9	865,6	933,6	976,4	1.021,2
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	678,4	723,8	785,5	823,1	864,1
Ausgaben der Sozialversicherung	819,1	877,5	936,7	981,4	1.025,0
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	813,8	872,6	934,7	978,2	1.020,3
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	8,8	-11,8	-3,1	-5,0	-3,8

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Abbildung 8.1:
Konjunkturbereinigte Budgetsalden



Relativ zum Produktionspotenzial.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des Kiel Instituts.

9 Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

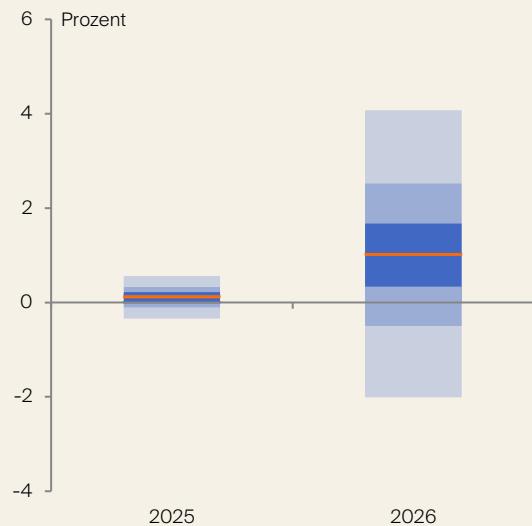
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2025–2027

	2025				2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Private Konsumausgaben	0,6	0,1	-0,3	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,2	0,8	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,8	0,8
Ausrüstungsinvestitionen	0,3	-2,6	1,1	0,9	0,8	1,1	1,3	1,3	1,1	1,0	0,8	0,6
Bauinvestitionen	0,2	-1,1	-0,5	0,4	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6	0,4	0,2	0,2
Sonstige Anlagen	0,6	1,2	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Vorratsveränderungen	-0,5	0,4	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,1	0,3	0,3	0,2	0,3	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
Ausfuhr	2,4	0,3	-0,7	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Einfuhr	1,5	1,7	0,0	0,4	0,4	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6
Außenbeitrag	0,4	-0,5	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Erwerbstätige, Inland	46.011	46.000	45.959	45.939	45.949	45.979	46.019	46.059	46.094	46.119	46.124	46.119
Arbeitslose	2.901	2.950	2.968	2.973	2.973	2.958	2.923	2.878	2.833	2.793	2.758	2.728

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Deutsche Bundesbank, *Makroökonomische Zeitreihen*; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

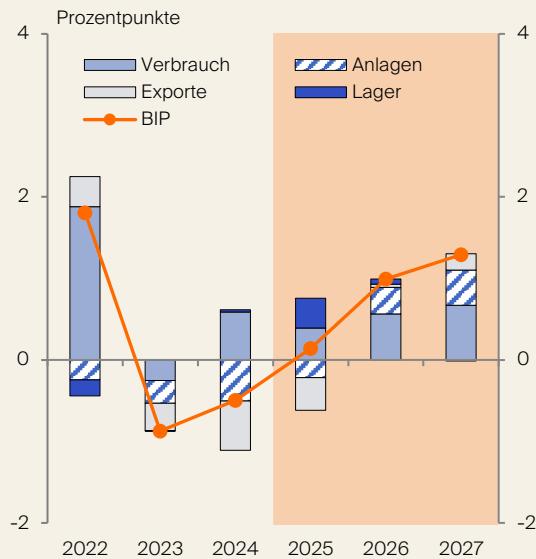
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2024).

Quelle: Berechnungen des Kiel Instituts.

Abbildung 7.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

10 Jahresdaten zur Wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10.1:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2025 Mrd. Euro	2024	2025	2026	2027
		Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespriisen					
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,1	1,0	1,3	
Private Konsumausgaben	0,5	0,8	0,7	1,0	
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,3	2,3	2,4	
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,6	3,0	3,6	
Ausrüstungsinvestitionen	-5,4	-2,3	4,0	4,8	
Bauinvestitionen	-3,4	-1,2	1,8	2,3	
Sonstige Anlagen	0,2	3,8	4,3	5,2	
Vorratsveränderung	0,1	0,7	0,1	0,0	
Inländische Verwendung	0,2	1,6	1,7	1,8	
Ausfuhr	-2,1	-0,2	0,9	1,6	
Einfuhr	-0,6	3,5	2,7	2,9	
Außenbeitrag	-0,7	-1,4	-0,7	-0,5	
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	4.463,0	2,6	3,1	3,6	4,0
Private Konsumausgaben	2.361,4	2,9	3,4	2,7	3,1
Konsumausgaben des Staates	1.008,3	5,1	5,9	5,3	5,4
Anlageinvestitionen	904,2	-0,9	2,1	6,4	7,7
Ausrüstungsinvestitionen	266,2	-3,7	-0,3	6,7	8,0
Bauinvestitionen	459,0	-0,5	1,9	5,9	7,4
Sonstige Anlagen	178,9	2,6	6,5	7,1	8,1
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	45,0	75,5	83,6	84,5	
Inländische Verwendung	4.349,5	2,8	4,4	4,2	4,6
Ausfuhr	1.809,8	-1,1	0,9	1,2	2,6
Einfuhr	1.696,2	-0,9	4,1	2,6	4,1
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	163,5	113,6	92,3	68,2	
Bruttonationaleinkommen	4.621,1	2,8	3,2	3,6	4,0
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt	3,1	3,0	2,6	2,6	
Private Konsumausgaben	2,4	2,6	1,9	2,1	
Konsumausgaben des Staates	2,5	3,6	2,9	2,9	
Ausrüstungsinvestitionen	1,7	2,0	2,6	3,1	
Bauinvestitionen	3,0	3,1	4,1	5,0	
Sonstige Anlagen	2,4	2,6	2,7	2,8	
Ausfuhr	1,0	1,1	0,3	1,0	
Einfuhr	-0,4	0,5	-0,1	1,2	
Nachrichtlich: Verbraucherpreise	2,2	2,2	1,8	2,1	
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	3.293,1	1,5	2,9	3,6	3,4
Arbeitnehmerentgelt	2.476,5	5,5	5,0	4,0	4,1
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)	73,7	75,2	75,5	76,0	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	816,6	-8,1	-3,1	2,3	1,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2.575,9	4,0	2,6	3,0	3,1
Sparquote (Prozent)	11,2	10,5	10,7	10,7	
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	2.037,1	5,5	4,6	4,0	4,0
Effektivlohn, Stundenbasis	5,3	4,6	3,3	3,1	
Lohnstückkosten, Stundenbasis	5,6	4,7	2,8	2,6	
Produktivität, Stundenbasis	-0,3	0,4	0,5	0,7	
Arbeitslose (1 000)	2.787	2.948	2.933	2.778	
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,0	6,3	6,2	5,9	
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)	45.987	45.977	46.002	46.114	
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro	-115,3	-105,7	-162,2	-193,6	
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)	-2,7	-2,4	-3,5	-4,0	
Öffentliche Schulden (Prozent)	62,1	62,6	63,9	65,4	

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

11 Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027				
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.			
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes												
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr												
Erwerbstätige	0,0	0,1	0,2	0,1	-0,1	-0,1	0,2	0,3	0,2			
Arbeitsvolumen	-0,2	0,5	0,6	-0,4	-0,1	0,1	0,9	0,7	0,5			
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,2	0,5	0,3	-0,4	0,0	0,1	0,7	0,4	0,3			
Produktivität ¹	0,4	0,5	0,7	0,4	0,4	0,4	0,6	0,9	0,6			
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,1	1,0	1,3	0,0	0,3	0,4	1,6	1,5	1,0			
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen												
a) Mrd. EUR												
Konsumausgaben	3 369,8	3 486,2	3 618,7	1 643,1	1 726,7	1 696,6	1 789,6	1 761,6	1 857,1			
Private Haushalte ²	2 361,4	2 424,2	2 499,9	1 154,4	1 207,1	1 180,5	1 243,7	1 219,7	1 280,2			
Staat	1 008,3	1 062,0	1 118,8	488,7	519,6	516,1	545,9	542,0	576,9			
Anlageinvestitionen	904,2	962,0	1 036,3	437,2	467,0	457,2	504,8	495,4	540,8			
Ausrüstungen	266,2	284,1	306,7	126,3	139,9	132,0	152,1	143,7	163,0			
Bauten	459,0	486,3	522,4	225,3	233,8	233,9	252,4	253,0	269,3			
Sonstige Anlageinvestitionen	178,9	191,7	207,3	85,6	93,3	91,4	100,3	98,7	108,6			
Vorratsveränderung ³	75,5	83,6	84,5	43,4	32,1	51,8	31,8	53,5	31,1			
Inländische Verwendung	4 349,5	4 531,8	4 739,5	2 123,7	2 225,8	2 205,6	2 326,2	2 310,5	2 429,0			
Außenbeitrag	113,6	92,3	68,2	68,8	44,7	58,0	34,3	47,1	21,1			
Exporte	1 809,8	1 832,1	1 879,6	904,9	904,8	903,3	928,8	928,1	951,4			
Importe	1 696,2	1 739,8	1 811,4	836,1	860,1	845,3	894,5	881,0	930,3			
Bruttoinlandsprodukt	4 463,0	4 624,1	4 807,7	2 192,5	2 270,5	2 263,7	2 360,5	2 357,6	2 450,0			
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr												
Konsumausgaben	4,2	3,5	3,8	4,3	4,0	3,3	3,6	3,8	3,8			
Private Haushalte ²	3,4	2,7	3,1	3,5	3,3	2,3	3,0	3,3	2,9			
Staat	5,9	5,3	5,4	6,3	5,6	5,6	5,1	5,0	5,7			
Anlageinvestitionen	2,1	6,4	7,7	1,2	3,0	4,6	8,1	8,4	7,1			
Ausrüstungen	-0,3	6,7	8,0	-2,4	1,6	4,5	8,7	8,9	7,1			
Bauten	1,9	5,9	7,4	1,3	2,4	3,8	8,0	8,2	6,7			
Sonstige Anlageinvestitionen	6,5	7,1	8,1	6,6	6,4	6,8	7,5	8,0	8,3			
Inländische Verwendung	4,4	4,2	4,6	4,7	4,2	3,9	4,5	4,8	4,4			
Exporte	0,9	1,2	2,6	0,2	1,6	-0,2	2,6	2,7	2,4			
Importe	4,1	2,6	4,1	4,9	3,2	1,1	4,0	4,2	4,0			
Bruttoinlandsprodukt	3,1	3,6	4,0	2,7	3,5	3,2	4,0	4,2	3,8			
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)												
a) Mrd. EUR												
Konsumausgaben	2 747,5	2 781,0	2 819,4	1 354,7	1 392,8	1 366,4	1 414,6	1 386,6	1 432,8			
Private Haushalte ²	1 912,9	1 927,0	1 945,4	942,1	970,9	944,0	983,0	955,5	989,8			
Staat	835,1	854,7	874,9	413,0	422,2	422,8	431,9	431,5	443,4			
Anlageinvestitionen	697,8	718,5	744,3	338,3	359,5	343,7	374,8	358,1	386,1			
Ausrüstungen	223,3	232,3	243,4	105,9	117,3	108,3	124,0	114,4	128,9			
Bauten	320,7	326,5	334,0	158,2	162,5	158,7	167,8	163,5	170,5			
Sonstige Anlageinvestitionen	158,2	165,0	173,5	75,7	82,5	78,8	86,2	82,7	90,8			
Inländische Verwendung	3 512,3	3 571,6	3 635,8	1 728,6	1 783,7	1 751,2	1 820,4	1 786,7	1 849,2			
Exporte	1 489,2	1 502,9	1 526,2	743,1	746,0	742,8	760,0	756,0	770,2			
Importe	1 393,0	1 430,7	1 472,2	682,8	710,2	697,6	733,1	718,7	753,5			
Bruttoinlandsprodukt	3 605,8	3 641,6	3 688,5	1 787,6	1 818,2	1 795,2	1 846,4	1 822,8	1 865,7			
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr												
Konsumausgaben	1,3	1,2	1,4	1,5	1,0	0,9	1,6	1,5	1,3			
Private Haushalte ²	0,8	0,7	1,0	1,0	0,6	0,2	1,2	1,2	0,7			
Staat	2,3	2,3	2,4	2,6	1,9	2,4	2,3	2,1	2,7			
Anlageinvestitionen	-0,6	3,0	3,6	-1,5	0,3	1,6	4,2	4,2	3,0			
Ausrüstungen	-2,3	4,0	4,8	-4,3	-0,3	2,2	5,7	5,7	4,0			
Bauten	-1,2	1,8	2,3	-1,9	-0,6	0,3	3,3	3,0	1,6			
Sonstige Anlageinvestitionen	3,8	4,3	5,2	3,9	3,7	4,0	4,6	5,0	5,3			
Inländische Verwendung	1,6	1,7	1,8	2,0	1,3	1,3	2,1	2,0	1,6			
Exporte	-0,2	0,9	1,6	-1,6	1,2	0,0	1,9	1,8	1,3			
Importe	3,5	2,7	2,9	3,3	3,8	2,2	3,2	3,0	2,8			
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,0	1,3	0,0	0,3	0,4	1,6	1,5	1,0			

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	2,6	1,9	2,1	2,5	2,7	2,1	1,8	2,1	2,2
Konsumausgaben des Staates	3,6	2,9	2,9	3,5	3,7	3,1	2,7	2,9	2,9
Anlageinvestitionen	2,7	3,3	4,0	2,7	2,6	2,9	3,7	4,0	4,0
Ausrüstungen	2,0	2,6	3,1	2,0	1,9	2,2	2,9	3,1	3,0
Bauten	3,1	4,1	5,0	3,2	3,1	3,5	4,6	5,0	5,0
Exporte	1,1	0,3	1,0	1,7	0,4	- 0,1	0,8	1,0	1,1
Importe	0,5	- 0,1	1,2	1,6	- 0,5	- 1,0	0,8	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,6	2,6	2,7	3,2	2,8	2,4	2,6	2,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd.EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3 135,5	3 240,4	3 351,5	1 532,3	1 603,1	1 581,8	1 658,5	1 639,0	1 712,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	439,5	456,5	477,4	212,8	226,6	221,4	235,1	231,7	245,7
Bruttolöhne und -gehälter	2 037,1	2 118,4	2 203,1	972,8	1 064,3	1 013,8	1 104,7	1 055,2	1 147,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	658,9	665,5	671,0	346,7	312,2	346,7	318,8	352,0	319,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	566,9	587,1	612,3	271,6	295,3	277,6	309,5	291,4	320,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 702,4	3 827,5	3 963,8	1 803,9	1 898,4	1 859,5	1 968,0	1 930,4	2 033,4
Abschreibungen	918,7	959,8	1 013,1	456,9	461,8	474,9	484,9	500,8	512,3
Bruttonationaleinkommen	4 621,1	4 787,3	4 976,9	2 260,8	2 360,2	2 334,4	2 452,9	2 431,2	2 545,7
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 293,1	3 410,0	3 527,2	1 596,3	1 696,8	1 649,5	1 760,6	1 710,1	1 817,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	816,6	835,2	846,6	410,7	405,9	414,4	420,8	423,1	423,5
Arbeitnehmerentgelt	2 476,5	2 574,9	2 680,6	1 185,6	1 290,9	1 235,1	1 339,8	1 287,0	1 393,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,7	3,3	3,4	3,7	3,7	3,2	3,5	3,6	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	7,0	3,9	4,6	7,3	6,8	4,0	3,7	4,7	4,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,6	4,0	4,0	4,6	4,6	4,2	3,8	4,1	3,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,5	3,9	3,7	4,4	4,7	4,3	3,5	3,7	3,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 0,9	1,0	0,8	- 0,8	- 1,1	0,0	2,1	1,5	0,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	0,0	3,6	4,3	- 2,7	2,7	2,2	4,8	5,0	3,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,1	3,4	3,6	2,7	3,6	3,1	3,7	3,8	3,3
Abschreibungen	3,4	4,5	5,6	3,4	3,4	4,0	5,0	5,5	5,7
Bruttonationaleinkommen	3,2	3,6	4,0	2,8	3,5	3,3	3,9	4,1	3,8
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2,9	3,6	3,4	2,0	3,8	3,3	3,8	3,7	3,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 3,1	2,3	1,4	- 6,1	0,2	0,9	3,7	2,1	0,6
Arbeitnehmerentgelt	5,0	4,0	4,1	5,1	5,0	4,2	3,8	4,2	4,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²									
a) Mrd.EUR									
Masseneinkommen	2 057,6	2 132,1	2 210,9	989,1	1 068,5	1 026,8	1 105,3	1 065,2	1 145,8
Nettolöhne und -gehälter	1 408,3	1 459,9	1 513,8	666,3	742,0	692,4	767,5	718,7	795,1
Monetäre Sozialleistungen	834,7	866,7	901,3	414,7	420,0	430,8	435,9	447,6	453,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	185,4	194,4	204,2	91,9	93,6	96,4	98,1	101,1	103,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	658,9	665,5	671,0	346,7	312,2	346,7	318,8	352,0	319,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 140,6	- 144,7	- 145,7	- 64,9	- 75,7	- 66,8	- 77,9	- 67,3	- 78,4
Verfügbares Einkommen	2 575,9	2 653,0	2 736,2	1 270,9	1 305,0	1 306,8	1 346,2	1 349,9	1 386,3
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	61,2	61,8	62,4	29,6	31,5	29,9	31,9	30,2	32,2
Konsumausgaben	2 361,4	2 424,2	2 499,9	1 154,4	1 207,1	1 180,5	1 243,7	1 219,7	1 280,2
Sparen	275,6	290,5	298,7	146,2	129,5	156,2	134,3	160,5	138,3
Sparquote (%) ⁶	10,5	10,7	10,7	11,2	9,7	11,7	9,7	11,6	9,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	4,1	3,6	3,7	4,2	4,0	3,8	3,4	3,7	3,7
Nettolöhne und -gehälter	3,9	3,7	3,7	3,8	4,0	3,9	3,4	3,8	3,6
Monetäre Sozialleistungen	5,4	3,8	4,0	6,0	4,8	3,9	3,8	3,9	4,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	8,5	4,9	5,0	9,5	7,5	4,9	4,8	4,9	5,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 0,9	1,0	0,8	- 0,8	- 1,1	0,0	2,1	1,5	0,1
Verfügbares Einkommen	2,6	3,0	3,1	2,6	2,6	2,8	3,2	3,3	3,0
Konsumausgaben	3,4	2,7	3,1	3,5	3,3	2,3	3,0	3,3	2,9
Sparen	- 4,7	5,4	2,8	- 5,1	- 4,4	6,9	3,7	2,7	3,0

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027				
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.			
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷												
a) Mrd.EUR												
Einnahmen												
Steuern	1 037,6	1 068,0	1 105,0	511,5	526,1	526,5	541,6	545,2	559,8			
Sozialbeiträge	821,4	860,6	903,2	398,4	423,1	418,0	442,6	439,0	464,2			
Vermögenseinkommen	30,8	31,3	31,7	15,6	15,2	15,8	15,4	16,1	15,6			
Sonstige Transfers	31,8	32,0	31,3	14,2	17,6	14,5	17,5	14,1	17,2			
Vermögentransfers	23,3	20,3	21,8	12,1	11,2	9,0	11,4	9,7	12,2			
Verkäufe	197,7	205,6	213,0	91,4	106,3	95,1	110,5	98,5	114,5			
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1			
Insgesamt	2 142,9	2 218,0	2 306,2	1 043,3	1 099,6	1 078,9	1 139,1	1 122,6	1 183,6			
Ausgaben												
Vorleistungen ⁸	702,2	741,2	779,1	335,7	366,5	355,8	385,4	373,0	406,1			
Arbeitnehmerentgelt	386,0	403,0	422,6	185,6	200,4	194,0	209,0	202,8	219,8			
Vermögenseinkommen (Zinsen)	49,9	53,1	56,3	25,1	24,8	26,7	26,4	28,3	28,0			
Subventionen	54,8	60,2	62,4	21,5	33,2	26,0	34,2	26,8	35,6			
Monetäre Sozialeistungen	749,4	779,3	811,7	372,1	377,4	387,1	392,2	402,8	409,0			
Sonstige laufende Transfers	93,1	104,1	107,1	45,9	47,2	51,4	52,7	52,9	54,2			
Vermögentransfers	74,7	86,9	90,5	29,2	45,5	35,4	51,5	37,2	53,3			
Bruttoinvestitionen	138,9	153,0	170,5	59,9	79,0	65,3	87,7	72,5	98,1			
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,5	-0,5	-0,5	-0,3	-0,2	-0,3	-0,2	-0,3	-0,2			
Insgesamt	2 248,5	2 380,3	2 499,8	1 074,8	1 173,7	1 141,4	1 238,9	1 195,9	1 303,9			
Finanzierungssaldo	-105,7	-162,2	-193,6	-31,5	-74,2	-62,4	-99,8	-73,3	-120,3			

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen									
Steuern	4,1	2,9	3,5	5,2	3,1	2,9	2,9	3,6	3,4
Sozialbeiträge	8,6	4,8	4,9	8,9	8,3	4,9	4,6	5,0	4,9
Vermögenseinkommen	-9,6	1,4	1,5	-11,0	-8,2	1,6	1,3	1,7	1,3
Sonstige Transfers	1,3	0,7	-2,1	2,3	0,5	1,6	-0,1	-2,6	-1,8
Vermögentransfers	14,9	-12,7	7,3	31,6	0,9	-26,2	1,9	7,9	6,9
Verkäufe	6,7	4,0	3,6	6,9	6,5	4,1	4,0	3,5	3,7
Sonstige Subventionen	-20,6	0,0	0,0	-6,1	-31,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	5,9	3,5	4,0	6,6	5,1	3,4	3,6	4,1	3,9
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	5,2	5,6	5,1	5,6	4,9	6,0	5,2	4,8	5,4
Arbeitnehmerentgelt	8,0	4,4	4,9	8,2	7,8	4,5	4,3	4,6	5,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	8,9	6,4	6,0	9,4	8,3	6,4	6,5	6,0	6,1
Subventionen	1,0	9,9	3,7	-16,9	17,5	20,7	3,0	3,2	4,1
Monetäre Sozialeistungen	5,6	4,0	4,2	6,3	5,0	4,0	3,9	4,0	4,3
Sonstige laufende Transfers	3,2	11,9	2,9	4,7	1,8	12,1	11,7	2,8	2,9
Vermögentransfers	-11,0	16,3	4,2	-21,3	-2,9	21,0	13,2	5,1	3,5
Bruttoinvestitionen	5,8	10,2	11,4	4,2	7,0	8,9	11,1	11,0	11,8
Insgesamt	5,1	5,9	5,0	4,7	5,5	6,2	5,6	4,8	5,2

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigtenstunde.² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.⁴ Selbständigteinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; Berechnungen und Prognosen des Kiel Instituts.

12 Hauptaggregate der Sektoren

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2025				
		Ge-samte Volks-wirt-schaft	Nichtfi-nanzielle und fi-nanzielle Kapital-gesell-schaften	Staat	Private Haus-halte und pri-vate Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	4 034,9	2 729,2	504,2	801,6	-
2 -	Abschreibungen	918,7	499,9	125,5	293,3	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	3 116,2	2 229,3	378,7	508,2	- 113,6
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 470,5	1 779,9	386,0	304,6	21,0
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,7	30,7	0,3	10,6	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	59,2	56,8	0,2	2,2	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	663,2	475,4	- 7,5	195,2	- 134,5
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 476,5	-	-	2 476,5	15,0
9 -	Geleistete Subventionen	54,8	-	54,8	-	4,5
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	464,0	-	464,0	-	5,8
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	1 123,8	1 027,7	49,9	46,2	410,4
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	1 277,2	736,5	30,8	509,9	257,1
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 702,4	184,2	382,7	3 135,5	- 271,6
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	559,4	124,6	-	434,8	15,0
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	573,6	-	573,6	-	0,8
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	990,7	-	-	990,7	4,0
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	989,4	167,2	821,4	0,8	5,3
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	843,8	93,5	749,4	0,8	0,7
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	834,7	-	-	834,7	9,7
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	472,7	269,9	93,1	109,7	106,6
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	413,5	240,8	31,8	140,9	165,8
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 647,0	104,1	967,1	2 575,9	- 216,2
23 -	Konsumausgaben	3 369,8	-	1 008,3	2 361,4	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,2	-	61,2	-
25 =	Sparen	277,2	42,9	- 41,3	275,6	- 216,2
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	104,2	8,7	74,7	20,7	5,4
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	85,7	47,5	23,3	14,9	23,8
28 -	Bruttoinvestitionen	979,7	564,4	138,9	276,4	-
29 +	Abschreibungen	918,7	499,9	125,5	293,3	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,5	19,7	- 0,5	0,2	- 19,5
31 =	Finanzierungssaldo	178,3	- 2,6	- 105,7	286,6	- 178,3
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 647,0	104,1	967,1	2 575,9	- 216,2
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	628,1	-	628,1	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	628,1	-	-	628,1	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 647,0	104,1	339,0	3 203,9	- 216,2
38 -	Konsum 2)	3 369,8	-	380,3	2 989,5	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,2	-	61,2	-
40 =	Sparen	277,2	42,9	- 41,3	275,6	- 216,2

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*. Prognosen des Kiel Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2026				
		Gesamte Volks- wirt- schaft	Nichtfinan- zielle und finanzielle Kapital-ge- sellschaf- ten	Staat	Private Haus- halte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	4 196,5	2 839,5	526,7	830,3	-	
2 - Abschreibungen	959,8	523,0	130,3	306,5	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	3 236,7	2 316,4	396,4	523,8	- 92,3	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 568,9	1 847,6	403,0	318,3	21,5	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	48,0	35,4	0,3	12,3	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	56,9	54,6	0,2	2,1	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	676,7	488,0	- 6,7	195,4	- 113,8	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 574,9	-	-	2 574,9	15,5	
9 - Geleistete Subventionen	60,2	-	60,2	-	4,5	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	477,7	-	477,7	-	5,8	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	1 133,0	1 034,0	53,1	45,8	420,7	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 291,5	744,2	31,3	516,0	262,2	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 827,5	198,2	388,9	3 240,4	- 255,5	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	575,7	124,6	-	451,2	15,4	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	590,4	-	590,4	-	0,8	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	1 034,1	-	-	1 034,1	4,1	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	1 032,8	171,3	860,6	0,9	5,4	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	876,0	95,8	779,3	0,9	0,7	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	866,7	-	-	866,7	10,0	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	493,2	276,6	104,1	112,5	109,2	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	432,5	256,9	32,0	143,7	169,9	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 770,8	129,4	988,5	2 653,0	- 198,8	
23 - Konsumausgaben	3 486,2	-	1 062,0	2 424,2	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,8	-	61,8	-	
25 = Sparen	284,6	67,6	- 73,5	290,5	- 198,8	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	117,8	9,2	86,9	21,7	5,1	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	96,7	60,3	20,3	16,0	26,2	
28 - Bruttoinvestitionen	1 045,6	603,0	153,0	289,6	-	
29 + Abschreibungen	959,8	523,0	130,3	306,5	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	20,5	20,7	- 0,5	0,2	- 20,5	
31 = Finanzierungssaldo	157,3	18,1	- 162,2	301,5	- 157,3	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 770,8	129,4	988,5	2 653,0	- 198,8	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	656,2	-	656,2	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	656,2	-	-	656,2	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 770,8	129,4	332,3	3 309,2	- 198,8	
38 - Konsum 3)	3 486,2	-	405,8	3 080,5	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,8	-	61,8	-	
40 = Sparen	284,6	67,6	- 73,5	290,5	- 198,8	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren, Prognosen des Kiel Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2027				
		Gesamte Volks- wirt- schaft	Nichtfinan- zielle und finanzielle Kapital-ge- sellschaf- ten	Staat	Private Haus- halte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	4 364,4	2 950,1	553,1	861,2	-	
2 - Abschreibungen	1 013,1	554,2	136,5	322,5	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	3 351,3	2 395,9	416,6	538,8	- 68,2	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 674,6	1 920,5	422,6	331,4	22,1	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	53,8	39,7	0,3	13,7	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	59,1	56,7	0,2	2,2	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	682,1	492,4	- 6,2	195,9	- 90,3	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 680,6	-	-	2 680,6	16,1	
9 - Geleistete Subventionen	62,4	-	62,4	-	4,5	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	499,0	-	499,0	-	5,8	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	1 151,9	1 049,5	56,3	46,1	433,3	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 316,5	763,6	31,7	521,1	268,8	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 963,8	206,4	405,8	3 351,5	- 237,4	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	590,8	124,0	-	466,8	15,9	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	605,9	-	605,9	-	0,8	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	1 081,1	-	-	1 081,1	4,2	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	1 079,7	175,6	903,2	0,9	5,6	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	910,9	98,2	811,7	0,9	0,7	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	901,3	-	-	901,3	10,2	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	506,0	283,6	107,1	115,3	112,0	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	443,8	266,0	31,3	146,5	174,2	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 905,8	142,2	1 027,4	2 736,2	- 179,4	
23 - Konsumausgaben	3 618,7	-	1 118,8	2 499,9	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,4	-	62,4	-	
25 = Sparen	287,1	79,8	- 91,4	298,7	- 179,4	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	122,9	9,6	90,5	22,8	4,8	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	101,0	62,7	21,8	16,4	26,8	
28 - Bruttoinvestitionen	1 120,8	638,6	170,5	311,6	-	
29 + Abschreibungen	1 013,1	554,2	136,5	322,5	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	21,5	21,8	- 0,5	0,2	- 21,5	
31 = Finanzierungssaldo	136,0	26,6	- 193,6	302,9	- 136,0	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 905,8	142,2	1 027,4	2 736,2	- 179,4	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	681,1	-	681,1	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	681,1	-	-	681,1	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 905,8	142,2	346,3	3 417,3	- 179,4	
38 - Konsum 2)	3 618,7	-	437,7	3 181,0	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,4	-	62,4	-	
40 = Sparen	287,1	79,8	- 91,4	298,7	- 179,4	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren. Prognosen des Kiel Instituts.

Literatur

- Baker, S. R., N. Bloom und S. J. Davis (2016). Measuring Economic Policy Uncertainty. *The Quarterly Journal of Economics* 131(4): 1593–1636.
- Beck, G., A. Dijis, X. Jaravel, S. Kessing und S. Siegloch (2021). Analyse der Verbraucherpreisentwicklung nach Senkung der Mehrwertsteuer. Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV)
- Benedek, D., R.A. De Mooij, M. Keen und P. Wingender (2020). Varieties of VAT pass through. *International Tax and Public Finance* 27: 890–930.
- Berend, L., und N. Jannsen (2024). Zum Einfluss der wirtschaftspolitischen Unsicherheit auf die deutsche Konjunktur. Kiel Insight 2024.11.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, J. Krohn, W.-H. Liu, J. Reents und C. Schröder (2025). Mittelfristprojektion im Winter 2025. *Kieler Konjunkturberichte Nr. 130*. Im Erscheinen.
- Boysen-Hogrefe, J., und D. Groll (2025). Auswirkungen des Haushaltsurteils. *Wirtschaftsdienst* 104(1): 67–68.
- Boysen-Hogrefe, J., und N. Jannsen (2025). Kreditaufnahme und finanzpolitischer Impuls. *Wirtschaftsdienst* 105(11): 851–852.
- DIHK (2025). DIHK-Konjunkturumfrage. Herbst.
- Dorn, F., C. Fuest, F. Neumeier und M. Stimmelmayr (2021). Wie beeinflussen Steuerentlastungen die wirtschaftliche Entwicklung und das Steueraufkommen? Eine quantitative Analyse mit einem CGEModell. ifo Schnelldienst, 74(10): 3–11.
- Europäische Kommission (2025). Business and consumer survey results – Statistical Annex: Industrial Investment Survey. November.
- Gadatsch, N., K. Hauzenberger und N. Stähler (2016). Fiscal policy during the crisis: A look on Germany and the Euro area with GEAR. *Economic Modelling* 52: 997–1016.
- Gechert, S., und A. Rannenberg (2018). Which Fiscal Multipliers are Regime-Dependent? A Meta-Regression Analysis. *Journal of Economic Surveys* 32(4): 1160–1182.
- Gern, K.-J., S. Kooths, J. Krohn, W.-H. Liu und J. Reents (2025). Weltwirtschaft im Winter 2025: Gegenwind hält an – Expansion bleibt mäßig. *Kieler Konjunkturberichte Nr. 128*.
- Hinterlang, N., S. Moyen, O. Röhe und N. Stähler (2023). Gauging the effects of the German COVID-19 fiscal stimulus package. *European Economic Review* 154: 1–19.
- Hinz, J., H. Mahlkow und J. Wanner (2025a). The KITE Model Suite: A Quantitative Framework for International Trade Analysis. Szenario-Analyse 28.07.2025: US-EU trade deal. Kiel Institut für Weltwirtschaft.
- Jannsen, N. (2025). Zu den realwirtschaftlichen Folgen staatlicher Ausgabensteigerungen. Kiel Insight 2025.01.
- Jannsen, N., und S. Kooths (2025). Sinkende Produktionskapazitäten in der Industrie? *Wirtschaftsdienst* 105(1): 75–76.
- Kiel Institut für Weltwirtschaft (2025). Zölle und Handelskriege – Analysen, Simulationen und Kommentare rund um das Thema Zölle und Handelskriege. Themendossier.
- Lehmann, R., S. Linz und T. Wollmershäuser (2025). Strukturwandel im Verarbeitenden Gewerbe. ifo Schnelldienst Digital 6(5): 1–13.

Menkhoff, M., A. Peichl (2025). Geplante Unternehmensteuerreformen: Eine modellbasierte Simulation der Auswirkungen auf Investitionen und Steuereinnahmen. ifo Schnelldienst, 78(08): 4-8.

Ohrn, E. (2019). The effect of tax incentives on US manufacturing: Evidence from state accelerated depreciation policies. Journal of Public Economics 180.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024). Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach. Herbstgutachten, Berlin.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025). Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche. Herbstgutachten, Berlin.

Ramey, V.A. (2019). Ten Years after the Financial Crisis: What Have We Learned from the Renaissance in Fiscal Research? Journal of Economic Perspectives 33(2): 89–114.

SCOTUSblog (2025a). Learning Resources, Inc. v. Trump (Tariffs).

SCOTUSblog (2025b). Trump v. V.O.S. Selections.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2025). Perspektiven für Morgen schaffen – Chancen nicht verspielen. Jahresgutachten 2025/26

Zwick, E. und J. Mahon (2017). Tax policy and heterogeneous investment behavior. American Economic Review 107(1): 217–248.

Impressum

Kiel Institut für Weltwirtschaft

Standort Kiel

Kiellinie 66, 24105 Kiel

Telefon + 49 431 8814-1

info@kielinstitut.de

Standort Berlin

Chausseestraße 111, 10115 Berlin

Telefon +49 30 30830637-5

berlin@kielinstitut.de

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft – Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler ökonomischer Herausforderungen ist eine rechtlich selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein.

Das Institut wird vertreten durch den Vorstand:

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident, Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor

Michael Doberschütz, Geschäftsführender Administrativer Direktor (m.d.W.d.G.b.)

Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vizepräsident

Zuständige Aufsichtsbehörde

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Jensendamm 5, 24103 Kiel

Umsatzsteuer ID

DE 251899169

© 2025 Kiel Institut für Weltwirtschaft.
Alle Rechte reserviert.

Kielinstitut.de/publikationen

